

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

## Goldene Worte.

Laß es dir zur Regel dienen, sofort nach dem Erwachen aufzustehen und dich nicht erst, gleich einem Braten am Feuer, hin und herzuwenden.

Die Vielbeschäftigten wollen die Peterilie auf allen Suppen und die Zange sein, welche für alle Feuer holt, das ist Torheit. Einer soll nicht alle Hemter haben, man soll sie verteilen. Das nährt die Liebe und bewahrt vor Ueberhebung.

Erlaube dir nie einen heißen Scherz. Das Salz soll die Speisen würzen, nicht der Zunge wehe tun.

Die Welt mit ihren Spottreden ist wirklich wie ein Hund, der keine Zähne hat; denn sie kann dem nicht schaden, der sich nicht daran kehrt, daß sie ihn anbellt. Gleichen wir nicht dem dummen Pferde, das vor einem Schatten erschrickt.

Ein guter Sparrer ist soviel wert, wie ein guter Gewinner. Schöpfe in ein kleines Sieb sonst du nimmst es nicht voll; laß es aber in ein großes Faß nur träufeln, und es füllt sich allmählich. Studiere und lerne vom Morgen bis zum Abend; wenn du nichts behältst, ist alle Arbeit vergeblich. Wer nicht sparen kann, ist wie ein Saß ohne Boden.

Gib mir den Gegenstand deiner Freude an, und ich werde dir sagen, ob du ein Tor oder Weiser bist.

In einer vollen Blase machen die Erbsen wenig Geräusch; sind ihrer aber nur zwei oder drei darin, so verursachen sie einen gewaltigen Lärm. So steht es auch mit den leeren Köpfen.

Was der Schlaf für den Körper ist, das sind Scherze und erheitende Reden für den Geist. Bei diesem kommt es jedoch nur auf das rechte Maß an; die Spottvögel gehen darin zu weit, sie ziehen alles ins Lächerliche; die Sauertöpfe dagegen kommen in keine frohe Stimmung und verderben ihrer Umgebung alle Luft.

Wahhalten ist der Fuhrmann, der allen anderen Tugenden den rechten Weg zeigt und ohne den Wagen wie Pferde zugrunde gehen.

Die Bäume treiben zuerst Knospen und Blätter, dann Blüten und bringen endlich Früchte. So auch der Mensch; seine Knospen sind die guten Gedanken, welche er faßt, seine Blätter sind die guten Reden, welche er führt, seine Blüten die guten Vorsätze und seine Früchte die guten Werke.

(Aus den Schriften der berühmten Kanzelredners Geiler von Kaisersberg.)

## Die Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter in den Walz- und Hammerwerken.

II. (Schluß.)

Zur vollen Würdigung der zuletzt aufgeworfenen Frage ist es zunächst erforderlich, die verschiedenen Beschäftigungsarbeiten der jugendlichen Nachtarbeiter zu kennen. Diese sind naturgemäß in den einzelnen Werken schon sehr mannigfaltig und ergeben vollends für die einzelnen Bezirke sehr voneinander abweichende Bilder. So kommen im Opperlner Bezirk die Schul-entlassenen

Zunächst als Schaber oder Zapfenschmieder, als Besenjungeln oder Schnapper, dann als Hobler oder Pritscher an die Walzenstraßen oder als Klappenjungeln (Türzieher) oder Helfer beim Einsetzen kleiner Blöcke an die Defen oder als Steuerjungeln an die Dampfhammer oder auch als Liegelputzer, Liegelabnehmer, Wagenjungeln oder Blechschneisen-Fließer in die Hohlwalzwerke. Sie leisten also Hilfsdienste, bei denen sie, ohne an der schwierigen Hauptarbeit unmittelbar beteiligt zu sein, gute Kenntnis der Arbeitsvorgänge und der für ihr Gelingen hochbedeutenden Temperaturen des Walz- und Hammerguts erlangen können. Gleichzeitig lernen sie, sich vor den mannigfachen Betriebsgefahren

beim Umgange mit dem glühendheißen Arbeitsgut schützen. Bei den obenbezeichneten Arbeiten bleiben die jungen Leute — allmählich aufsteigend — etwa zwei Jahre, dann wird ihnen Gelegenheit gegeben, die bis dahin erlangten Fähigkeiten und Erfahrungen bei anderer, nun schon schwererer Arbeit zu verwerten. Je nach ihrer Anstelligkeit und ihren Kräften kommen also die 17- bis 19-jährigen nimmehr an die Mittel- oder Grobstraßen, oder sie werden als Ofenarbeiter oder Hammergehilfen mit Arbeiten beschäftigt, die schon gewisse Vorkenntnisse voraussetzen. Hier bildet sich der junge Mann allmählich weiter so aus, daß er schließlich im Alter von etwa 23 bis 25 Jahren als vollwertiger Walzer, Wärmer oder Hammerhämmer anzusehen ist.

Der Arnberger Beamte, in dessen Bezirk, wie schon erwähnt, der Ausbildungsgang 2 bis 6 Jahre umfaßt, äußert sich über die Beschäftigungsart der Jugendlichen: Die jungen Leute werden als Hammerführer, Maschinenwärter, Türzieher, Lehrer, zur Steuerung der Wippen und Rollgänge, als Hobler, Strecker und Sandwerfer, als Schnapper an Blechwalzen, zum Lösen der aus den Drehschneisen kommenden Feinbleche, zum Ablegen und Beschreiben der Bleche, zur Bedienung der Hapfel, zum Beschneiden der Enden, zum Richten der Stabeisen u. s. w. verwendet.

Von ähnlichen Beschäftigungsarbeiten für die Jugendlichen wissen die Beamten von Wiesbaden, Koblenz, Köln, Aachen und Lothringen zu berichten. In der Pfalz und im Unter-Elß sind die Jugendlichen nur als billige Hilfsarbeiter bei Arbeiten, denen jeder Einfluß auf einen Ausbildungsgang von vornherein abgesprochen werden muß, beschäftigt. Dagegen sind sie in Baden im Röhrenwalzwerk als „Trichterjungeln“ und Rohrstrecker beim Walzprozeß selbst beteiligt.

Eine ganz besondere Beachtung verdient der Bericht des Düsseldorfener Beamten. Er untersucht in eingehender Weise die Fragen: ob für alle diese Arbeiten die Jugendlichen nicht zu entbehren sind und wieviel die Jugendlichen dabei an wirklich Brauchbarem lernen können. Ein Blechwalzwerk mit 1027 Arbeitern hatte 42 jugendliche Türzieher und Lehrjungeln; dies sind Einrichtungen, die in vielen anderen Werken durch erwachsene Arbeiter, in manchen auch durch mechanische Vorrichtungen (hydraulische Steuerung der Ofentüren, Abblasen der Bleche mit Wasser- oder Dampfstrahl) bewirkt werden. Zirkel 60 Flappen- und Polierjungeln, sowie Schmieder in Band- und Feinblechwalzwerken, „erscheinen lediglich als billige Arbeitskräfte“. In etwa anders urteilt der Beamte über die Beschäftigung der Jugendlichen als „Hafenjungeln“, „Ausnehmer“ und „Strecker“; ihrer Beschäftigung wenigstens, die eine große Behendigkeit erfordert und sich daher für Jugendliche besonders eignet, „kann ein Einfluß auf die Heranbildung eines tüchtigen Walzarbeiter Nachwuchses nicht abgesprochen werden.“ Durch die Einführung des elektrischen Antriebs in Grobwalzwerken des Bezirks hat die Beschäftigung Jugendlicher als „Rollgangs- und Wippenführer“ hier und dort eine Zunahme erfahren. In Röhrenwalzwerken, die Gasrohre nach dem Stumpfschweißverfahren herstellen, ist die Zahl der jugendlichen Nachtarbeiter seit 1905 von 128 auf 57 gefallen; „der Rückgang hängt damit zusammen, daß auch die Gasrohrwerke immer mehr zur Fabrikation nahtloser Röhren übergehen oder zu einem Schnellwalzverfahren, bei dem die meisten Arbeiten, die bis dahin Jugendlichen oblagen, durch mechanische Einrichtungen verrichtet werden.“

Zusammenfassend beurteilt der Düsseldorfener Berichterstatter dann die technische Seite der Frage wie folgt:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle Einrichtungen, zu denen die Jugendlichen jetzt noch beim eigentlichen Walzwerksbetriebe in den Nachtstunden herangezogen werden, ohne Schädigung der Industrie entweder durch erwachsene Arbeiter oder durch mechanische Einrichtungen bewirkt werden können.“

Bedenkt man, daß gerade der Bezirk dieses Beamten unter allen deutschen Gewerbeaufsichtsbezirken die meisten Walz- und Hammerwerke umfaßt, so gewinnt dadurch sein Urteil noch ganz erheblich an Bedeutung. Im Düsseldorfener Bezirk wurden im Jahre 1909 insgesamt 101 Walz- und Hammerwerke mit 31 446 erwachsenen und 1373 jugendlichen männlichen Arbeitern gezählt. Von diesen Betrieben arbeiten 68 mit 21 341 erwachsenen und 979 jugendlichen Arbeitern mit ununterbrochenem Feuer. Aber 45 Werke von diesen 68 beschäftigten nicht einen einzigen Jugendlichen in den Nachtstunden. Die übrigen 23 Betriebe beschäftigten neben 11 703 erwachsenen 789 jugendliche Arbeiter; von letzteren arbeiten 416 auch nachts. Doch ist die Zahl dieser jugendlichen Nachtarbeiter seit 1902 um 33 kleiner geworden, obwohl die Zahl der Werke in dieser Zeit um 13, die Zahl der Arbeiter um 4707 Erwachsene und 70 Jugendliche zugenommen hat. Wer diese Zahlen aufmerksam betrachtet, wird mit dem Beamten darin übereinstimmen, daß sie den Beweis erbringen, „daß ein allgemeines Bedürfnis für die Nachtarbeit Jugendlicher in diesen Betrieben nicht mehr besteht!“

Ist nun auch die Verhältniszahl der jugendlichen Nachtarbeiter für andere Bezirke nicht so günstig, so fehlt es doch auch nicht an Werken, die völlig auf die Nachtarbeit der Jugendlichen verzichten haben. So sind im Potsdamer Bezirk und im Königreich Sachsen Jugendliche in keinem Walz- und Hammerwerke mehr tätig; ja selbst in Opperln kommen 5 von im ganzen 13 Werken ohne sie aus. Im Hildesheimer Bezirk beschäftigt das Heiner Walzwerk seit 1902 keine Jugendlichen mehr; in Arnberg fehlt die jugendliche Nachtarbeit in 25 unter 63 Werken. Von hier, wie auch von Opperln wird übereinstimmend berichtet, daß es meist die „großen gemischten Betriebe“ sind, die freiwillig auf die Nachtarbeit der Jugendlichen verzichten haben. In Koblenz hat ein Stabeisenwalzwerk seit einigen Jahren keine Jugendlichen mehr. Ebenso hat Köln in 1 von 7, Trier in 4 von 7 Walz- und Hammerwerken keine jugendlichen Nachtarbeiter mehr; sie fehlen auch in dem Werke des Sigmaringer Bezirks, in einem Werke Oberbaherns, 2 der Oberpfalz, 3 Lothringens, 2 Hessens, 3 von 4 Badens. Unter den Betrieben, die Jugendliche nachts beschäftigen, sind die kleineren Feinblech- und Röhrenwalzwerke am häufigsten vertreten.

Allgemeine Beachtung verdient auch noch der Umstand, daß in den großen Walzwerksbezirken die jugendlichen Nachtarbeiter nur eine Minderheit der überhaupt beschäftigten Jugendlichen ausmachen. Die betreffenden Zahlen von Düsseldorf wurden oben bereits erwähnt; im Bezirk Opperln waren von 1396 überhaupt beschäftigten Jugendlichen 524 Nachtarbeiter, in ganz Preußen von 4751 und in Elß-Lothringen von 740 nur 249.

Ein zwingendes Bedürfnis zur nächtlichen Beschäftigung Jugendlicher in den deutschen Walz- und Hammerwerken kann demnach nicht mehr anerkannt werden. Die beliebte Einrede der betriebstechnischen Unmöglichkeit ohne die jugendliche Nachtarbeit in den Walz- und Hammerwerken auszukommen, ist durch die Tatsachen widerlegt und der Standpunkt ihrer Verfechter durch den Gang der Entwicklung überholt. Das staats- und volkswirtschaftliche Interesse, welches unseren Jugendschutz anbahnte um die eingerissene „Raubbauwirtschaft“ an der jugendlichen Arbeitskraft nach Möglichkeit einzudämmen, steht höher, als das Interesse einzelner kurzfristiger Kreise an der „billigen Arbeitskraft“. Wenn dem gegenüber der ober-schlesische Gewerbeaufsichtsbeamte bestreitet, daß die Nachtarbeit der Jugendlichen gesundheitliche Schädigungen mit sich bringe und die Väter dieser Jugendlichen erfahren haben, daß der frühe Eintritt in die spätere Berufsarbeit „kaum Nachteil, aber viel Nutzen bringt“, so überlassen wir es dem Gewerbehygieniker, auf diese Darlegungen zu antworten. Derjenige aber, welcher, wie Schreiber dieses, in das sich noch fortgesetzt steigende Fagen und Lassen der Walzwerksbetriebe mit eingegriffen hat, wird bis auf weiteres an

dem ärztlichen Satz von der unbedingten Schädlichkeit der Nachtarbeit im Entwicklungsalter festhalten dürfen, zumal sie mit seinen praktischen Erfahrungen und Beobachtungen noch übereinstimmt.

Wegen die Abschaffung der jugendlichen Nachtarbeit werden dann von verschiedenen Seiten noch eine Reihe anderer Bedenken laut, auf die wir hier noch kurz eingehen wollen. Es heißt, so sagt man, meist an ausreichender Tagesbeschäftigung für alle Jugendlichen, wenn man ihnen die Nachtarbeit bis zum vollendeten 16. Lebensjahre verbieten wollte. Nur ein Teil der größeren Werke könne den Jugendlichen tagsüber vollwertige Ersatzarbeit bieten in den eigenen Reparaturwerkstätten; sonst kämen lediglich Transporthilfen und dergleichen Arbeiten in Frage, die für den späteren Beruf wertlos seien. Weiter fürchtet man bei einer Sperrung der Nachtarbeit für die Jugendlichen keinen genügenden Nachwuchs für die Betriebe zu bekommen. Besonders die reinen Walz- und Hammerwerke geringeren Umfangs sind in dieser Hinsicht sehr besorgt. Von dem Walzwerk des Unter-Elbs, welches das Schmelzen der Blechwalzen statt durch Jugendliche durch Erwachsene ausführen lassen wollte, wird berichtet: Die erwachsenen Arbeiter wollten jedoch diese Arbeit gegen ihre Nachtruhe nicht eintauschen und verzichteten auf den niedrigeren Lohn von 3 Mark. Das heißt nun doch mit trockenen Worten nichts anders als: Die Jugendlichen sind billige Arbeitskräfte und besitzen zudem noch die brauchbare Eigenschaft, daß sie auf die regelmäßige Nachtruhe in ihrer Unwissenheit weniger Wert legen als die Erwachsenen. Bei einer besseren Bezahlung der Schmelzer würde es hier offenbar auch an erwachsenen Arbeitern nicht fehlen. Auch die Sorge um den Nachwuchs läßt sich beheben; so ist dem Feiner Walzwerk trotz Verzichtes auf die Einstellung jugendlicher seit 1902, weder in der Ausbildung der Walzwerksarbeiter noch in dem Bedürfnis an Nachwuchs ein Nachteil entstanden. Ebenso hat im Kölnner Bezirk ein Betrieb in der Meinung, die Nachtarbeit sei unzulässig, schon einige Zeit keine Jugendlichen beschäftigt, ohne das als wirtschaftlich besonders nachteilig zu empfinden. Ein Hildener Werk beschäftigt die Jugendlichen anfangs mit kleinen Schlosser- und Hilfsarbeiten und nimmt sie erst nach vollendetem 16. Lebensjahre in den eigentlichen Nachtbetrieb auf. Auch hier sind die gangbaren Wege bereits gefunden und die geltend gemachten Bedenken gegenstandslos.

Aus Lothringen wird noch über örtliche Schwierigkeiten für ein völliges Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen berichtet. Die Werke liegen hier mitten im Gebiet des Eisenerzbaues; und da letzterer Jugendliche überhaupt nicht beschäftigen darf, so fürchtet man, daß dann die jungen Leute vielfach bis 16 Jahre herumsummen müßten. Die an der Grenze gelegenen Werke fürchten außerdem noch den Nachwuchs zu verlieren, da die Jugendlichen in die längst der Grenze gelegenen ausländischen Werke übergehen würden. Dieser letzte Einwand fiele bei einem internationalen Verbot natürlich fort. Wer aber persönlich Einblick in die Verhältnisse an der dortigen Grenze gehabt hat, wird bezweifeln, daß die Fluktuation in den dortigen Werken durch das Verbot der Nachtarbeit jugendlicher größer werden wird, als sie ohnehin schon ist; die Ursachen dieser Erscheinung werden also wohl anderswo zu suchen sein.

Das zur Milderung der Schädigungen durch die Nachtarbeit für die Jugendlichen vielfach diskutierte Dreischichtensystem für diese neben dem Zweischichtensystem für Erwachsene, kann als gescheitert gelten. Zu den betriebstechnischen Schwierigkeiten gesellen sich auch noch die Klagen der Familien der beteiligten Jugendlichen: „Auch klagten die Eltern der Jugendlichen über größere Kosten und Unzuträglichkeiten, die ihnen aus der Verpflegung der jungen Leute außerhalb der für die Mahlzeiten der Familie üblichen Zeit erwachsen.“ Sodann befürchtet man, die beim Dreischichtensystem benötigten Jugendlichen später beim Uebergang zu zwei Schichten nicht alle in Betriebe unterbringen zu können. Der demgegenüber nahe liegende Gedanke, das Dreischichtensystem für die gesamte Walzwerksarbeiterchaft durchzuführen, wird in mehreren Berichten aus wirtschaftlichen Bedenken heraus abgelehnt.

Das steht jedenfalls fest, mit der Einführung des Dreischichtensystems für die Jugendlichen allein, würde ein schließlich doch recht problematischer Fortschritt mit vielen Störungen im Betriebe wie auch im Haushalt der betroffenen Familien erkaufte werden. Darum ist es jedenfalls besser und richtiger, wenn man hier ganze Arbeit macht und die Nachtarbeit der Jugendlichen in den Walz- und Hammerwerken verbietet. Gewiß werden sich die Lohnausgaben einzelner betroffener Werke für ihre Hilfsarbeiter durch dieses Verbot etwas erhöhen; gewiß wird dadurch anfangs für einzelne Bezirke die Unterbringung der Schulentlassenen in den ersten zwei Jahren etwas erschwert werden können; aber, wo ein Wille, da ist auch ein Weg! und schließlich ist die große Sache des Jugendschutzes, der verständnisvollen Pflege und Erhaltung eines wichtigen Teiles unserer jungen Volkskraft auch ein kleines Opfer wert.

### Zur Entwicklung der kommunalen Arbeitslosenversicherung in Deutschland.

(Schluß.)

Wie steht es nun mit den Ergebnissen der gemeindlichen Arbeitslosenversicherung dort, wo sie eingeführt ist? Sieht man von Eöln ab, so reichen die in Deutschland gesammelten Erfahrungen eigentlich erst über eine zu kurze Zeit zurück, um abschließende Urteile zu ermöglichen. Die Erwägung aber, daß die Straßburger Einrichtung auch das Jahr 1909, welches als ein Jahr des schlimmsten wirtschaftlichen Tiefstandes in Straßburg beschrieben wird, gut überstanden hat und nunmehr eine geschlossene Wirksamkeit von drei Jahren verfolgt werden kann, berechtigt dazu, die mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen zusammen mit den in Eöln gemachten zum Ausgangspunkt zu nehmen.

Straßburg hat das Genter System mit einigen Einschränkungen übernommen. Für die Jahre 1907, 1908 und 1909 bewilligte die Stadtverwaltung jeweils 5000 Mk., um denjenigen Arbeitslosen, die der Arbeitslosen-Unterstützungs-Klasse eines Berufsvereins angehören, einen Zuschuß von 50% des von den Vereinen gewährten Unterstützungssatzes zuzuwenden und zwar bis zum Höchstbeitrag von 1 Mk. pro Tag. In ihrer jetzigen Einrichtung ist die Versicherung berechnet auf die gelernten organisierten Arbeiter mit Ausnahme der Maurer und Steinhauer, für die die Notstandsarbeiten beibehalten sind. Von den 20 im Jahre 1907 angeschlossenen Berufsverbänden bezogen damals 12 einen Zuschuß von insgesamt nur 1889,35 Mk., während der Zuschuß 1908 bei 29 angeschlossenen und 18 beteiligten Verbänden 3507,36 Mk. betrug. Die in diesen beiden Jahren vernünftigerweise einem Reservefonds zugeführten überschüssigen Mittel mußten in dem Krisenjahr 1909 zum Teil angegriffen werden, da diesmal die bewilligten 5000 Mk. nicht ausreichten. Erforderlich waren bei 32 angeschlossenen und 19 beteiligten Verbänden Gesamtzuschüsse von 5998,33 Mk., wovon allein 1434 Mk. auf die von anormaler Arbeitslosigkeit betroffenen Buchdrucker — eine Folge der starken Einführung von Schreibmaschinen — entfielen. Die 674 Unterstützungsjahre verteilen sich auf das ganze Jahr und umfaßten 8095 Unterstützungstage gegenüber 13880 der Verbände für die Mitglieder, die zum Bezug der städtischen Unterstützung berechtigt waren. Im Winter 1908-09 kostete der Stadt ein Notstandsarbeiter 68 Mk. Zuschuß gegenüber einem Zuschuß von nur 17,90 Mk. an einen gegen Arbeitslosigkeit Versicherten.

Der empfindlichste Mangel des Straßburger Systems ist, daß es an den gelernten, nicht organisierten Arbeitern vorübergeht, die weder an der Versicherung noch an den Notstandsarbeiten teilnehmen können. Die Behebung dieses Mangels, bei dessen Besprechung im vorletzten Bericht die Frage der Einführung einer freiwilligen Versicherungsklasse für die betreffenden Arbeiterkategorien nach dem Eölnner Vorbild ventiliert wurde, beschäftigt auch jetzt wieder den Berichterstatter, Dr. Dominicus. Diesmal kommt er — wir zitieren nach der „Kommunalen Praxis“ (Nr. 21 Jahrgang 1910) — zu dem Schlusse, daß die Eölnner Versicherung sich nicht bewährt habe. Er schlägt deswegen vor, für die Angehörigen des Bauberufes, insofern sie nicht in ihren Gewerkschaften für eine eigene Versicherung gesorgt haben, eine obligatorische, kommunale Versicherung einzuführen, und dann den unorganisierten, auch den gelernten Arbeitern den freiwilligen Zutritt dazu zu gestatten. Diese Zwangsversicherung für das Baugewerbe sei durch ein Ortsstatut zu errichten, für das ein Reichs- oder Landesgesetz die Grundlage zu schaffen hätte.

Behalten wir insbesondere diese letztere Forderung im Auge, als Beweis dafür, daß, sobald eine gewisse Verallgemeinerung der Versicherung in Frage kommt, ohne gesetzliche Direktiven nicht auszukommen ist.

Im Gegensatz zu dem Straßburger Berichterstatter kommt die „Denkschrift über die Umgestaltung der Stadtölnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ zu dem Schlusse (S. 27), daß diese nunmehr 14 Geschäftsjahre zählende freiwillige Kasse als eine „bewährte Einrichtung“ anzusehen sei. Das kann auch zugegeben werden, dann nämlich, wenn die Einrichtung für sich und unabhängig von den Bedürfnissen der Allgemeinheit betrachtet wird. Sie arbeitet mit einem jährlichen städtischen Zuschuß von 20 000 Mk. Der Bericht für 1908/09 verzeichnet 1957 Mitglieder, von denen 1481 (82,9%) insgesamt an 24 896 Tagen Arbeit nachgewiesen werden konnte und an 37 971 1/2 Tagen Unterstützung in einer Gesamthöhe von 61 934 Mk. ausbezahlt wurde. Davon hatten die Versicherten nur 26 439 Mk. oder 42,7% aus eigenen Mitteln aufgebracht. Einem Durchschnittsbeitrag pro Mitglied von 13,51 Mk. stellte sich ein durchschnittlicher Unterstützungsbetrag pro Empfänger von 43,22 Mk. gegenüber. Das sind zweifellos beträchtliche Leistungen, an denen nur einseitige Voreingenommenheit vorbeigehen kann. Dagegen mußte die Beschränkung der Leistungen auf den Winter, die mangelnde Verbindung mit den Unterstützungsbemühungen der organisierten Arbeiter und die, natürlich nicht beabsichtigte, aber tatsächliche Erfassung fast nur der schwächsten

Risiken — 67,5% der Unterstützten waren gelernter Bauarbeiter — auf den nach genereller Versicherung Strebenden ungünstig einwirken. Die Vorschläge zu Umgestaltung sehen denn auch hier ein; sie werden aber, wie die bisherigen Verhandlungen mit den organisierten Arbeitern dargetan haben, sehr erhebliche Abänderungen bedürfen, um deren Verfall zu finden. Ein Novum bringen sie u. a. insofern, als auch von den Gewerkschaften für die Benutzung der Versicherung eine Beitragsleistung gefordert wird, die allerdings die Mitarbeit der Organisationen bei der Kontrolle usw. insofern berücksichtigt, als dafür die sonst geforderten Beiträge um jeweils 3—4 Btg. ermäßigt sind. Es darf bezweifelt werden, ob auf diese Weise die mit guten Risiken und daher wesentlich billiger arbeitenden Organisationen, die die Arbeitslosenunterstützung besitzen, für die Neueinrichtung zu gewinnen sind. Ob man nicht doch besser das Genter System mit einigen Änderungen übernommen hätte?

Jedenfalls beweisen sowohl die Straßburger, wie auch die Eölnner Ergebnisse, daß, wenn etwas für die Allgemeinheit geschaffen und nicht auf wer weiß wie lange experimentiert werden soll, ohne feste Richtlinien von Seiten des Staates nicht auszukommen ist. Und erst recht haben das die vorausgegangenen Erörterungen über die verschiedenartigste Stellungnahme der mit dem Versicherungsgedanken beschäftigten Kommunen dargetan. Wir werden natürlich nie von der Forderung nach Anerkennung der gewerkschaftlichen Betätigung auf diesem Gebiete ablassen. Zudem wird uns aber andererseits mit der Tatsache abzufinden bemühen, daß gegen die Bestellung der Gewerkschaften als Träger der Versicherung eine weit verbreitete Abneigung besteht, können wir zu dem Schlusse, daß einwilligen an den Vorschlägen festzuhalten ist, welche die vom Gesamtverband im Januar 1909 abgehaltene Arbeitslosenkonferenz formuliert hat. Danach fordern wir die festen Richtlinien abzielend auf: Die Einführung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherung, die zur Grundlage die freiwillige Versicherung hat und die Versicherung durch die Gewerkschaften in keiner Weise ausschließt. Die Gemeinde garantiert den den gewerkschaftlichen Versicherungsklassen angehörenden Arbeitslosen einen bestimmten Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Unterstützung, und den nicht organisierten Arbeitslosen eine Unterstützung in der Höhe dieses Zuschusses.

### Die Arbeiterversicherung in Europa.

I.

Durch die Reichsversicherungsordnung, die zur Zeit in der 16. Reichskommission beraten wird, ist die Arbeiterversicherung wieder mehr in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden. Es erscheint deshalb angezeigt, die Gebräuche, Zweck und Leistungen zunächst der deutschen Arbeiterversicherung näher darzulegen, und sodann die deutschen Versicherungsrichtungen und Leistungen mit jenen des Auslands zu vergleichen. Das bietet viel des Interessanten und Belehrlichen. Die nachfolgende Darstellung wird insbesondere unsern lehrbegierigen Gewerkschaftlern willkommen sein.

Die Arbeiterversicherung im deutschen Reich hat ihre Vorläufer. Es sind das das Haftpflichtgesetz vom 7. Juni 1871 und das Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876.

Das Haftpflichtgesetz kam zustande unter dem heftigen Widerstreit der Interessen. Die neu sich entwickelnde Industrie wehrte sich gegen ein Gesetz, das sie verpflichten sollte, ihren im Betriebe verunglückten Arbeitern Schadenersatz zu gewähren. Im Hinblick auf die beim wachsenden Verkehr und erhöhter Industrietätigkeit sich steigenden Unfälle und deren schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen, ihre Angehörigen und auch für die Gemeinden, kam das mangelhafte, nur auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Betrieben und Personen erlassende Gesetz zustande. Damit wurden Eisenbahn-, Bergwerk- und Fabrikunternehmer, auch die von Steinbrüchen und Gräberelen, verpflichtet, die bei ihrem Betriebe vorkommenden Tötungen oder Verletzungen zu entschädigen. Die Betriebsverwaltungen der Eisenbahnen wurden ausnahmslos für alle haftpflichtig erklärt, welche bei dem Betrieb ihrer Unternehmungen körperlich verletzt wurden. Die Haftbarkeit der Bergbau- und Fabrikunternehmungen geht soweit nicht; diesen mußte ein wirkliches Verschulden an einem Unglücksfall nachgewiesen werden. Das war meistens sehr schwer, zudem sich die Betriebsinhaber vielfach auf ein Verschulden ihrer aufsichtführenden Angestellten berufen konnten. Diese mit ihrem meist auch recht schmalen Einkommen konnten im Falle des Verschuldens selten Schadenersatz leisten und der verunglückte Arbeiter oder dessen Angehörigen gingen leer aus; sie hatten möglicherweise noch die Prozeßkosten zu tragen. In Rücksicht auf diese Kosten und auf die Ungewißheit des Ausgangs eines Prozesses mußten die meisten vom Unglück Betroffenen oder deren Angehörigen verzichten, Schadenersatz zu beantragen. Für die große Masse der Arbeiter blieb also das Haftpflichtgesetz unwirksam.

Beim Haftpflichtgesetz wurde es den einzelnen Gemeinden, oder auch größeren Kommunalverbänden

überlassen, die Bildung von Hilfsklassen anzuordnen und die als zwangspflichtig bezeichneten Personen zur Versicherung heranzuziehen. Als solche Personen kamen in Betracht: Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter. Jene, die einer freigeübten Hilfsklasse angehörten, konnten einer Zwangsklasse nicht unterworfen werden. Für diese Klassen war vorgeschrieben, nach dreizehnwöchentlicher Karenzzeit und nach mindestens einwöchiger Krankheitsdauer ein Krankengeld von mindestens der Hälfte, für Frauen von mindestens ein Drittel des Lohnbetrages gewöhnlicher Tagelöhner.

Die auf Grund dieses Gesetzes errichteten Klassen wie auch die freien Hilfsklassen haben eine größere Bedeutung nicht erlangt, da nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von Arbeitern bei ihnen versichert war. Im Jahre 1885 gehörten noch keine 1/4 Millionen Versicherte den eingeschriebenen Hilfsklassen an, bei rund sieben Millionen in den Hauptbetrieben der verschiedenen Gewerbegruppen beschäftigten Personen. Und dieses geradezu klägliche Resultat trotzdem, weil die politische Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes in den Hilfsklassen ihr bestes Organisations- und Agitationsmittel besaß. Die Abneigung gegen diese Klassen im weiten Arbeiterkreise war deshalb groß. Welen fehlte allerdings auch das Selbstverantwortlichkeitsgefühl, das sie der Versicherung hätte zuführen müssen, zum eigenen Schutze vor Krankheitsfolgen.

Dieses Selbstverantwortlichkeitsgefühl mußte durch die Zwangsversicherung eine entsprechende Unterlage und Verbreitung finden. Durch den Staatszwang, durch die Reichs-Sozialversicherung, mußte für die Majorität der Arbeiter erst die Fürsorge für sich selbst und auch für ihre Angehörigen angeordnet werden.

Ehe das geschehen konnte, mußten viele Hindernisse überwunden werden, insbesondere auch solche aus den Kreisen der Arbeiterschaft selbst heraus. Namentlich die politische Sozialdemokratie war es auch hier, die das Zustandekommen der Sozialversicherung sehr erschwerte. Wegen des Reichs-Krankenversicherungsgesetzes schoben deren Führer die unbilligsten Einwände. „Genosse Dieß“ sprach 1883 im Reichstag davon als einem „Klassen- und Ausnahmegesetz“. Ein anderer „Genosse“ namens Kayser trat die Meinung, daß dem Arbeiter „durch Empfang des Krankengeldes der Stempel der Infamie“ aufgedrückt werde. Nach der Reform des Krankenversicherungsgesetzes vom Jahre 1892 war im „Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für 1891/92 zu lesen vom „Mißtrauen und Uebelwollen gegen die Hilfsklassen“ und von den „Wänden der Zwangsklassen“. Es wurde ferner angeklagt, daß durch die Krankenkassennovelle die Zwangsklassen dem sozialdemokratischen Ansturm preisgegeben würden.

Sowohl die Sozialdemokratie hat sich der Zwangsklassen vielfach bemächtigt und hat viele ihrer Anhänger in den Verwaltungen der Klassen bei gutem Honorar untergebracht. Sie fühlen sich nun ganz wohl bei diesen einflußvollsten und bekämpften Wohlfahrts-Einrichtungen. Es sind nun keine die Arbeiter entwürdigende Einrichtungen mehr und die Hilfsklassen auch nicht mehr der Ausbund aller Organisation und Leistungsfähigkeit. Bei den Beratungen über die neue Reichsversicherungsordnung haben die Sozialdemokraten in der Reichstagskommission die Einrichtung nur einer Zwangsklassenart beantragt, sie wollten also selbst die übrigen Klassenarten fallen lassen. In einer Petition an den Reichstag verlangte einer der größten soziald. Gewerkschaftsverbände mit Entschiedenheit ebenfalls die Durchführung der Einheitsklasse.

Welche Wandlung im Lager der „Zielbewußten“! Sie haben eben auch hier, trotz ihrer erhabenen sozialistischen Weisheit und Prophetengaben die Entwicklung des Zwangsklassenwesens im besonderen und der gesamten Sozialversicherung im allgemeinen nicht vorausgesehen; sie hatten keine Ahnung davon. Da mußten die „Bürgerlichen“ vorangehen und jene großartigen Einrichtungen ins Leben rufen, die man, unter dem Namen „Deutsche Sozialversicherung“ kennt. Deren Umfang und Leistungen stößten auch den ehemaligen Gegnern Respekt ein. Diese sind verstummt. Ein Teil derselben schimpft höchstens noch über die Lasten der Versicherung, ein anderer über die „Bevorzugung der Arbeiter“. Dagegen wollen den Versicherten selbst die Leistungen noch nicht genügen. Im Prinzip hat die Deutsche Sozialversicherung wohl wenig Gegner mehr und kleinliche Kritik kann ihren Wert nicht herabsetzen. Sie hat sich als außerordentlich wirksames Mittel zur Hebung insbesondere der Lage der Arbeiter, aber auch der ganzen deutschen Volkswirtschaft bewährt. Das wird nun auch von Sozialdemokraten anerkannt. In den „Soz. Monatsheften“, September 1902, geschieht das von Paul Kampffmeyer. Er verweist dort darauf, daß 1885 bis 1900 1729 044 894 Mark von den deutschen Krankenkassen für die Krankensfürsorge verausgabt wurden und spricht dann vorsichtig von „den immerhin nicht unbeträchtlichen Leistungen, welche zur Wiederherstellung der Gesundheit der deutschen Arbeiter auf-

gewendet wurden“. Dem physischen Kräfteverfall des Proletariats sei durch die Arbeiterversicherung vorgebeugt worden. Die deutsche Arbeiterversicherung habe fast in der gleichen Richtung wie seine Arbeiterdurchschiebung gewirkt; sie erhielt, resp. sie kräftigte den physischen und intellektuellen Zustand der Arbeitermassen. „Ohne die deutschen Krankenkassen wären eben Hunderttausende deutscher Arbeiter aus Mangel an Krankenunterstützung frühzeitig zugrunde gegangen“. Sodann wertet Kampffmeyer die Leistungen der Unfallversicherung und sagt: „Die deutsche Arbeiterversicherung bedeutet eine tatsächliche ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft um 1 1/2 Milliarden Mark!“.

Man vergleiche diese Ausführungen mit jenen der vorher zitierten der Genossen Dieß und Kayser. Kampffmeyer führt die letztgenannten und deren zahlreiche Nachbeter gründlich ad absurdum. Die Lebensarten der Sozialdemokraten über die Zwangsklassen waren und sind eben, wie die soziald. „W. Post“ 1906 von jenen über die Unterhaltungsrichtungen sagte: „Phrasen, die der eine dem andern gedankenlos nachbetete“. Phrasen und „flammende“ Protestresolutionen sind ja heute noch die Mittel, mit denen die Sozialdemokratie ihre „gebantenen“ Nachläufer bei der Stange halten kann.

Nach dieser Reminiscenz soll in eine weitere Würdigung unserer Sozialversicherung, nach Umfang und Leistungen eingetreten und sodann ein vergleichender Ueberblick über die in anderen Ländern vorhandenen Einrichtungen derselben Art gegeben werden. Zunächst folgt einiges Grundätzliches über die

**Deutsche Krankenversicherung.**

Sie beruht auf dem Gesetze vom 15. Juni 1883. Damit wurde für die gewerblichen und industriellen Arbeiter der Versicherungszwang angeordnet. Die unabhängigen Arbeiter, wie auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das Gesinde und die Hausgewerbetreibenden können durch naturliche Bestimmungen einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes versichert werden. Das ist auch vielfach geschehen in den Gemeindekranken-kassen. Die Regelleistungen der Klassen bestanden in freier Gewährung von Arzt und Arznei und, vom dritten Tage ab, auf die Dauer von 13 Wochen, ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes oder einer Krankenhauspflage, Wöchnerinnenunterstützung, sodann Sterbegeld. Den einzelnen Klassen ist erlaubt, die Leistungen zu steigern. So ist insbesondere die Krankenhilfe von vielen Klassen auf 26 Wochen ausgedehnt und bei der letzten Novelle 1903 gesetzlich angeordnet worden. Die Vorschläge der Reichsversicherungsordnung werden hier nicht berücksichtigt. Damit der Grundgedanke der Selbstverantwortung nicht verloren gehe, ist für die Versicherten, sodann aber auch für deren Arbeitgeber die Beitragspflicht ausgesprochen. Die Arbeiter zahlen zwei Drittel, die Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge.

Nach der vorliegenden amtlichen Statistik, sie beginnt mit dem Jahre 1885 und reicht bis zum Jahre 1909, waren vorhanden:

Jahr	Kassen	Versicherte
1885	18 942	4 294 173
1908	23 240	12 324 094

Rechnet man die in den landesrechtlichen Knappschafftsklassen Versicherten hinzu, so ergibt sich, daß im Deutschen Reich 1908 13 189 600 Personen gegen Krankheit versichert waren. Rund ein Fünftel der Bevölkerung des Deutschen Reiches ist also krankens-versichert. Die meisten Versicherten, nämlich 6,3 Mill., befinden sich in den Ortskranken-kassen, 3,1 Millionen Mitglieder haben die Betriebskranken-kassen, 1,58 Mill. sind in den Gemeindefassen. Die übrigen verteilen sich auf die verschiedenen Klassenarten. Die Zahl der weiblichen Klassenmitglieder betrug insgesamt 3 296 671.

Seit 1885 haben die Krankenkassen ihren Mitgliedern in 74 480 980 mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfällen Hilfe gebracht. Welche Summe von Elend ist da gemildert worden! Die Zahl der Krankheits-tage, jedoch nur solche, für die Krankengeld oder Krankenhausbehandlung gewährt wurde, betrug 1908 103 894 299, seit 1885 1 343 972 788 Tage. Für diese rund 1344 Millionen Tage ist also Krankengeld gezahlt oder Vergütung für Behandlung in Anstalten gewährt worden. Dazu kommen für weitere 109 930 402 Tage Vergütungen durch die Knappschafftsklassen. Für Krankheitskosten wurden seit 1885 von den Knappschafftsklassen aufgebracht 336,77 Millionen Mark; auf das Jahr 1908 entfallen davon 31,9 Millionen Mark. Von den übrigen Klassen wurden in demselben Jahre für Krankheitskosten ausgegeben 297 376 804 Mark. Davon waren Krankengelder 133,5 Millionen, Arzthonorare 67,6 Millionen, Arzneikosten 43,3 Millionen und Sterbegelder 7,4 Mill. Mark. Von 1885 bis 1909 wurden durch die Krankenversicherung, einschl. Knappschafftsklassen, Entschädigungsleistungen von insgesamt Mark 3 652 173 100 gewährt,

also fast 3 1/2 Milliarden Mark. Auf die Mitglieder der Klassen entfielen 1 1/2 Milliarden Krankengeld, auf deren Angehörige 34,8 Millionen Mark. Unterstützung an Wöchnerinnen, seit 1904 auch an Schwangere, wurden gegeben 57,6 Millionen Mark. Für ärztliche Behandlung wurde in genanntem Zeitraum aufgewendet 769 737 200 Mark, für Arznei 568 075 400 Mark, für Sterbegeld 113 749 000 Mark. Das Vermögen der Krankenkassen betrug 1908 insgesamt 267 708 400 Mark.

Die Bedeutung dieser Zahlen tritt erst recht in Erscheinung, wenn man die Zahlen und Resultate der Krankensfürsorge in anderen Ländern vergleicht. Darüber in einem folgenden Artikel.

**Der Verband Deutscher Kaufmanns- und Gewerbegerichte**

II. (Schluß.)

Es sind nun drei Wege vorgeschlagen worden, durch die die durch den Verfall der Beiträge für die Arbeiter entstehenden Schäden behoben werden sollten, und zwar:

1. die freiwillige Weiterversicherung,
2. die Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung, und
3. die Rückzahlung der Beiträge,

Weiter sind zur Milderung der Schäden Kartellverträge zwischen den einzelnen Pensionskassen vorgeschlagen worden, die den Uebergang von einer Klasse zur andern regeln und die Ansprüche der Arbeiter sicherstellen sollen. Ein derartiger Kartellvertrag besteht bisher zwischen den Pensionskassen des Vorkrieges, der Pottowitzer Aktiengesellschaft und der Wismark-Hütte in Oberschlesien. Von der Wichtigkeit dieses Vertrages ist aber bisher wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Meiner Ansicht nach dürften auch wenige Unternehmer geneigt sein, derartige Kartellverträge abzuschließen, weil dadurch eines ihrer Hauptmotive zur Schaffung von Pensionskassen — die Arbeiter an das eigene Werk zu fesseln — hinfällig würde. Was sodann die freiwillige Weiterversicherung anbelangt, so kann dieselbe als einziger Ersatz für den Verfall der Beiträge niemals für die Arbeiter in Frage kommen. Für diejenigen Arbeiter, die wieder in eine Fabrik eintreten — und das ist doch die überwiegende Mehrheit derjenigen, die ihre Stellen wechseln — würde dann ja, besonders in den großen Industriezentren, der Fall eintreten, daß sie eventuell zu mehreren Pensionskassen Beiträge leisten müßten. Die geringe Anspruchshöhe dieser Einrichtungen, wo sie bisher schon besteht — ich nehme auf die Darlegungen der Firma Gotschewitz, Chemische Fabrik in Eisen, in dem oben erwähnten Vorbericht des Herrn Dr. Altenrath — beweist nicht ohne weiteres das ungenügende Interesse der Arbeiter an der Aufrechterhaltung ihrer erworbenen Rechte, sondern wird wohl zu einem erheblichen Teile darauf zurückzuführen sein, daß die abgegangenen Arbeiter wieder in Betriebe mit Pensionskassen hineingegangen sind. Als fakultative Einrichtung neben der Rückzahlung der Beiträge kann ja die freiwillige Weiterversicherung immerhin in Frage kommen, von irgendwelcher Bedeutung wird sie aber meiner Ansicht nach kaum werden.

Wenigstens verhält es sich mit dem zweiten Vorschlag: der Umwandlung in eine beitragsfreie Versicherung. Hiergegen dürften auch wohl die Klassen resp. die betreffenden Unternehmer entschiedenen Einspruch erheben, weil die Arbeiter naturgemäß auch häufig nach ihrem Austritt aus dem betreffenden Werk in andere Betriebe eintreten werden, in denen die Gefahr der Inhabifizierung eine viel größere ist und dadurch unter Umständen für die betreffende Pensionskasse eine große Zahl schlechter Risiken entstehen könnten, an denen der Unternehmer nicht das geringste Interesse hat.

Wenigstens noch der dritte Vorschlag: die Rückzahlung der geleisteten Beiträge. Gegen denselben wird, auch seitens der Unternehmer, geltend gemacht, daß er nur ein ungenügender Ersatz für die entgangene Anwartschaft auf Pension sei. Es ist aber für den Arbeiter ein ungenügender Ersatz immer noch besser, als überhaupt kein Ersatz. Er braucht dann wenigstens nicht gleichzeitig mit dem Verlust der Anwartschaft auf Pension auch noch einen Vermögensverlust durch den Verfall seiner bis dahin gezahlten Beiträge zu erleiden. Daß der Verfall der Beiträge eine versicherungstechnische Notwendigkeit sei, wie dies von verschiedenen Unternehmern und auch von der Firma Krupp in dem bekannten Prozeß behauptet wurde, kann wohl nicht mehr angenommen werden. Zunächst wird dies doch von Leistung und Gegenleistung abhängen, und dann hat ja auch Herr Dr. Altenrath in seinem oben bezeichneten Bericht festgestellt, daß von 58 Pensionskassen, die Beiträge von den Mitgliedern erheben, nur 21 den vollständigen Verfall der Beiträge aufweisen, während 9 die vollständige, 12 die teilweise Rückzahlung der Beiträge und 16 die freiwillige Weiterversicherung eingeführt haben. Dem Einwand der Befürworter des Beitragsverfalls, daß die Rückzahlung der Beiträge gewissermaßen eine Prämie auf Streiks und willkürliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses darstelle, kann man mit Zug und Recht entgegenstellen, daß dem größtenteils dadurch abgeholfen werden kann, daß die Rückzahlung nicht sofort nach Lösung des Arbeitsverhältnisses, sondern 2 oder 3 Monate später erfolgt. Dadurch wird leichtsinniger Kündigung, nur um die Beiträge zu erhalten, doch wohl größtenteils ein Mittel vorgebeugt. Die Behauptung, eine Rückzahlung der Beiträge käme nur dem fluktuierenden Teil der Arbeiterbevölkerung zugute, dürfte in dieser Allgemeinheit doch wohl nicht zutreffen. Man kann auch dieses noch vermeiden durch Annahme des Vorschlages, den der Reichs- und Landtagsabgeordnete Giesberts gemacht hat, der meiner Ansicht nach sehr beachtenswert ist. Derselbe geht dahin, für Arbeiter, die auf einem Werke, mit dem eine Pensionskasse verbunden ist, anfangen, erst nach einer einjährigen Tätigkeit den Beitragszwang einzuführen. Nach Angabe der Firma Krupp treten 81 Prozent derjenigen Arbeiter, die das Werk wieder verlassen, im ersten

Jahre ihrer Beschäftigung aus. Nach dem Vorschlag des...

Die Rückzahlung der Beiträge würde meiner Ansicht nach...

Reichstags-Abgeordneter Severing-Bielefeld halte zu der Frage folgende Leitsätze vorgelegt:

1. Für Eintrittsgelder und Beiträge ist eine Höchstgrenze festzusetzen. Die Arbeitgeber haben Beiträge in gleicher Höhe wie die Arbeiter zu leisten.

Bei der Beratung der Werkskassenfrage auf dem Verbandstag machte Kollege Hirtzfelder noch folgende Ausführungen, die wir der Vollständigkeit halber folgen lassen:

Hirtzfelder verwies in der Hauptsache auf seine Darlegungen im Vorbericht, die eine erfreuliche Ueberreinstimmung mit den heutigen Ausführungen der Vorredner wenigstens im großen und ganzen erkennen lassen.

Bezüglich der vom Abg. Severing vorgelegten Leitsätze beantragte er im 2. Absatz einzuschalten: nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit...

gemetnschaft, wo den Arbeitern noch einjähriger Mitgliedschaft 70 Prozent ihrer Beiträge zurückgezahlt würden...

Von einer Diskussion über diese Frage mußte leider der vorgeschickten Zeit wegen Abstand genommen werden...

Die Delegierten, die am Donnerstagabend einer Einladung der Stadt Köln in den großen Saal des altehrwürdigen Gürzenich gefolgt waren...

Gewerkschaftliches.

Wie eine Arbeiterin über den Verband denkt,

oder in Wirklichkeit denken soll, geht aus einer in der christlichen „Tabatarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Zuschrift hervor...

Schon wiederholt ist im Verbandsorgan darauf hingewiesen worden, die Kolleginnen möchten sich doch zahlreich dem Verbands angeschlossen.

Hierzu kann uns aber nur die Gewerkschaft helfen und da wir auf dem Boden des Christentums stehen, nur eine christliche Gewerkschaft...

Ganz anders die Mutter, welche das moderne Leben kennt, besonders der christlichen Gewerkschaftsbewegung sympatisch gegenübersteht...

Sonderbare Zionswächter.

Ähnlich wie bei dem Windolphischen Buch leistet der gelbe „Bund“ des Herrn Lebius den Herren von „Sitz Berlin“ auch beim päpstlichen Verbot der französischen Vereinigung „Sillon“ treue Gefolgschaft.

Der gelbe „Bund“ behauptet am Schluß seiner Ausführungen, daß die christlichen Gewerkschaften Deutschlands dieselben Bestrebungen verfolgten...

Eine päpstliche Enzyklika an den Episkopat in Frankreich hat in den letzten Wochen den „Sillon“ in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Das gegen die „Arbeiter“ in seinem vier Spalten langen Leitartikel in Nr. 37 über „Die Verurteilung des „Sillon“ durch Papst Pius X.“ bereits die ersten Fäden zu seiner üblichen Konstruktion von Zusammenhängen.

Es ist im übrigen selbstverständlich, daß die Angelegenheit des „Sillon“ nicht von deutschen, sondern von französischen Verhältnissen aus beurteilt werden muß.

Eine Agitationskluge

machte kürzlich durch die sozialdemokratische Presse die Runde, unter der sensationellen Ueberschrift: „Ein christlicher Totschläger“ wurde folgendes berichtet:

„In Neumarkt (Oberpfalz) wurde vor einigen Tagen morgens ein Arbeiter mit eingeschlagenem Schädel auf der Straße tot aufgefunden.“

Manche sozialdemokratischen Zeitungen stempeln Herbig sogar zum „christlichen Führer“. Wenn sich die gegnerische Presse bemüht hätte, die Wahrheit zu erfahren und auch dann der Wahrheit gemäß zu berichten...

Beachtenswerte Worte über die christliche Arbeiterbewegung

Aus Anlaß der getätigten Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrrevier ergreift die liberale Herner Zeitung in ihrer Nummer vom 3. September 1910 das Wort.

Dunderschen Gewerksvereinen hat. Der Artikel der Ferner Zeitung führt u. a. aus:

„Leider muß die Tatsache konstatiert werden, daß wie es bei Vorbereitung der Knappschaffswahlen geschieht, Eigenbrödelerei, pure Fäulnis über die eigene Stärke und oft unverständliche Prinzipienerei eine geschlossene Einheit im christlich-nationalen Lager unmöglich machen. Ist es denn nicht möglich, die vorhandene große Organisation des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter als Träger der Einheitsidee anzuerkennen? Welche gewaltige Macht könnte heute die genannte Organisation haben, wenn nicht unser politisches Leben, besonders der führenden Kreise, der Parteien Bank und Haber vielen, vielen Bergleuten ein Zusammengehen auf christlich-nationaler Grundlage unmöglich machte! Erwarte man doch nicht vom Arbeiter, daß er, zurzeit hoher politischer Wogen, gegeneinandergerichtet, in Zeiten sozialer Wahlen allen einigstem gemeinsamen Instimm vergessen und sich brüderlich umschlingen kann. Wenn sich die Arbeiterschaft über die Verschiedenartigkeit der Konfession zu gemeinsamer Arbeit findet, wenn, von Ausnahmen abgesehen, die große Kluft zwischen Wittenberg und Rom eine friedliche Zusammenarbeit in den christlichen Gewerkschaften nicht schädigen kann, wieviel mehr sollte dies bei der Verschiedenartigkeit der politischen Parteien der Fall sein! Um so mehr als die politische Zugehörigkeit bei weitem den gesamten Menschen nicht so erfaßt, wie es durch die konfessionelle Auffassung geschieht.“

Die politischen Differenzen im bürgerlichen Lager, die oftmals gemachte Behauptung von „Zentrums-Gewerkschaften“ als auch der Vorwurf der „liberalen Identität“ der Christ-Dun-erschen Gewerksvereine und die daraus folgenden theoretischen Auseinandersetzungen sind die Wegweiser zu sozialdemokratischen Erfolgen. Alle bürgerlichen Parteigruppierungen müssen einsehen lernen, daß eine auf christlichem und nationalem Boden stehende Arbeiterorganisation nicht nach ihrer parteipolitischen Wahlsouveränität, sondern um ihrer selbst und ihrer unbedingten Notwendigkeit wegen beurteilt und geurteilt werden muß. Insofern bedeutet die getätigte Sicherheitsmännerwahl einen Segen, als sie Perspektiven in die nächste Zukunft öffnet und allen christlichen Förderern des Gesamtvolkes der Nation die Ursachen der Niederlage der christlichen Gewerkschaften erkennen läßt.

Es war ein trübseliges Beginnen und hat die schlimmsten Folgen gezeitigt, daß besonders auf evangelischer Seite allerhand Befürchtungen gegenüber den christlichen Gewerkschaften und ihrer angeblichen Vierung mit dem politischen Zentrum insofern wurden. Nach ungefähr 16 Jahren des Bestehens des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ist die Debatte über die parteipolitische Neutralität der christlichen Gewerkschaften im Ruhrrevier in unsern liberalen Kreisen noch nicht beendet. Und gerade auf diesen Zustand baut der sozialdemokratische Bergarbeiterverband seine agitatorische Tätigkeit. Fortwährend wurde durch die sozialdemokratische Presse systematischer Gedanke der „Zentrums-Gewerkschaften“ der Defektheit suggeriert. Der Zweck war allein der, führende evangelische und liberale Männer vom Eintreten für die große christlich-nationale Arbeiterbewegung abzuschrecken. Man spielte die Unbeliebtheit des Zentrums im Ruhrrevier bei dem liberalen Großkapital gegen den Liberalismus aus. Jetzt bei sozialen Wahlen, wo es sich um die Masse der Unorganisierten handelt, nennt man den angeblichen Zentrums-Gewerksverein „Zechengewerksverein“. Diese Gegenüberstellung soll unseren einflussreichen Männern die Augen öffnen. Noch ist es Zeit, vor der Knappschaffswahl ein einmütiges Zusammengehen aller auf christlich und nationalem Boden stehenden Gruppen unter Führung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zu ermöglichen. Viele weichen's lernen, mancher lernt's nie.“

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Der Kampf auf den Seeschiffswerften

Wie in der vorigen Nummer in einem Nachtrag noch kurz mitgeteilt werden konnte, sind am Montag den 26. Sept. die Organisationsleiter der heiderseitigen Parteien in Berlin zu Verhandlungen zusammengetreten. Auf Arbeitgeberseite wurden die Verhandlungen von den Beauftragten des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und auf Seiten der Arbeiter von den Vertretern der beteiligten Arbeiterorganisationen geführt. Die „freien“ Gewerkschaften hatten ihren früheren Standpunkt geändert und sich mit der Beteiligung der christlichen und Christ-Dunderschen Vertreter abgefunden, während die Gelben nicht vertreten waren. Von unserm christlichen Metallarbeiterverb. war Zentralvorstand Kollege Zieber-Duisburg zugegen. Nach mehrstündiger Aussprache wurden die Verhandlungen auf Mittwoch den 28. September vertagt, um am Dienstag vorerst mit den beteiligten Werftarbeitern nähere Rücksprache nehmen zu können.

Die Fortsetzung der Verhandlungen am Mittwoch den 28. September hatte, wie leicht erklärlich, auch noch kein positives Ergebnis. Auf Vorschlag von Arbeitervertretern wurden die Verhandlungen auf Montag, den 3. Oktober vertagt und sollen dann in Hamburg weitergeführt werden.

Am Sonntag wird sich eine allgemeine Werftarbeiterkonferenz mit der gegebenen Situation beschaffigen und Grundlagen für die kommenden Verhandlungen präzisieren. Ob diese von Erfolg gekrönt sein und eine Verständigung herbeiführen werden, ist nicht vorauszusagen. Jedenfalls ist die Lage in der Metallindustrie äußerst ernst. Die folgenreichere Entscheidung steht noch auf des Messers Schneide.

In einer Anzahl von Werken (wo 14 tägige Räumungsfristen bestehen) ist den Arbeitern am 24. September in corpore gelündigt worden für den Fall,

daß eine Einigung auf den Werften bis zum 8. Oktober nicht zustande kommt. Die Arbeitgeber behielten sich vor, die vorläufig nicht auszusperrenden 40 Prozent beim Ablauf des Termins zu bestimmen. Entgegen verschiedenen Zeitungsmeldungen wird die Aussperrung auch Westdeutschland (Rheinland und Westfalen) sowie Süddeutschland (Bayern, Württemberg und Baden) noch erheblich in Mitleidenschaft ziehen.

Das eine ist sicher, daß die Metallindustriellen ihren Plan unerbittlich durchführen werden, wenn es zu keiner Einigung kommen sollte.

Das muß allen Metallarbeitern eine dringend ernste Mahnung sein, in den Rüstungen nicht zu erlahmen. Vor allem muß das Heer der indifferente Berufskollegen aufgerüttelt und auf den regulären Weg der Selbsthilfe in die Organisation geführt werden. Alle christlich-national-gesinnten Metallarbeiter für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen, das ist die eindringliche Lehre des Werftarbeiterkampfes. Darum an die Arbeit, Kollegen! Die Hochsaison der Agitation muß ausgenutzt werden. Niemals kann es den fernstehenden Kollegen so leicht begreiflich gemacht werden, wie gegenwärtig, daß sie den moralischen und finanziellen Rückhalt der Organisation unerlässlich notwendig haben.

Für den Fall, daß keine Einigung gefunden wird, und die Aussperrung in Kraft tritt, sei unsern Mitgliedern nochmals die Anweisung des Zentralvorstandes in Erinnerung gebracht, daß kein Kollege ohne Zustimmung der Verbandsleitung die Arbeit niederlegen darf. Lasse sich niemand durch Einwirkungen Dritter beeinflussen und zu unüberlegten Handlungen verleiten. Gerade in solchen ersten Zeiten ist Besonnenheit und Disziplin notwendig, wenn das Ansehen der Organisation gewahrt und die gemeinsame Sache der Arbeiter nicht Schaden leiden soll. Bisher haben wir — das kann mit Genugtuung konstatiert werden — darüber nicht zu klagen brauchen und so soll und muß es auch in Zukunft bleiben.

Ebenso bestimmt hoffen wir, daß unsere Mitglieder nicht versagen, wenn durch eine Massenaussperrung außergewöhnliche Opfer für die Arbeiterschaft verlangt werden müssen. Darin liegt der feste Pflichtenpunkt für den gewerkschaftlichen Geist und die Berufssolidarität, daß die Arbeiter solche Proben ehrenvoll zu bestehen wissen. Gerade wir christlich Organisierten dürfen uns darin von andern Organisationen nicht übertreffen lassen. Das soll unser Stolz und unsere Ehre sein. Unter diesen Voraussetzungen können wir auch der nächsten schicksalshängigen Zukunft mutig ins Auge sehen; die christlichen Metallarbeiter werden ihren Mann in jeder Situation zu stellen wissen.

#### Zur Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Schwäbisch-Gmünd.

Ueber die am 20. September mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen, bei denen sich Vorhölzer und Genossen eine schwere Schlappe holten, die ihnen zeitlebens anhaften wird, haben wir schon in der vorigen Nummer berichtet. In einem aufklärenden Flugblatt, das unsenerseits zur Abwehr gegen die sozialdemokratischen Anrempelungen herausgegeben wurde, wird über die fraglichen Verhandlungen und deren Begleiterscheinung u. a. folgendes gesagt:

Kurz vor Beginn der Verhandlungen stellte die Bezirksleitung des sozialdemokratischen Verbandes eine weitere Bedingung an den Arbeitgeberverband des Inhalts, daß sie mit einer größeren, als der vorgesehenen Anzahl Vertreter erscheinen werde; tatsächlich rückten denn auch 8 Mann an, während die christlichen Arbeiter, wie es Takt und Anstand in solchen Dingen erfordert, zu 3 Mann eintrafen. Charakteristisch für das Gebahren Vorhölzers und interessant zugleich ist die Begründung, die er für die größere Beteiligung anführte, daß er nämlich in beruflichen Fragen nicht so Bescheid wisse, und deshalb Fachleute zugezogen werden sollten. — In dem vorgenannten Schreiben dagegen suchte er geltend zu machen, er komme deshalb in einer größeren Zahl, weil der Arbeitgeberverband nicht auf seine Bedingung eingegangen sei. Der wirkliche Grund war aber der, vor aller Welt die angebliche Größe des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegenüber den Christlichen recht kraß in Erscheinung treten zu lassen. Bei seiner Begründung merkte er gar nicht, daß er seinen beiden Kollegen Wanner u. Bittner, die doch Fachmänner sein wollen, bezüglich ihrer Fachkenntnisse ein höchst bedenkliches Zeugnis ausstellte.

Die Arbeitgeber jedoch ließen sich auch auf diese weitere Bedingung nicht ein. Von unserer Seite wurde hervorgehoben, wenn dem Ansinnen Vorhölzers entsprochen werde, müßten auch unsenerseits noch weitere Vertreter zugezogen werden, daraufhin meinte Vorhölzer: „Was die Christen tun, sei ihm Wurst.“

Kurz und gut, die übrigen 5 Mann warteten bis heute noch auf den Oberkellner, der sie hereinrufen soll. Damit war Vorhölzers erste Schlappe besiegelt. Wer aber daran nicht genug hatte, war er, der nun den 2. Vorhölzer (des Arbeitgeberverbandes) Zieber ob seiner Äußerungen auf die Knie zwingen wollte. Herr Zieber erklärte daraufhin, daß er im allgemeinen gesprochen und niemanden beleidigt, weshalb er auch nichts zurückzunehmen habe, Vorhölzer möge sich zunächst einmal anständiger benehmen, etc.

er weitere Ausführungen in der Sache mache. Vorhölzer verlangte nun eine Erklärung des Inhalts, ob Zieber ihn und seine Kollegen Wanner und Sched im Auge hatte; auch die Führer der christlichen Organisation würden sich beleidigt fühlen. Vorhölzer war aber von seiner Seite ermächtigt, eine solche Mitteilung anzusprechen oder sich als unser Anwalt aufzuspielen.)

Christlicherseits wurde die bestimmte Erklärung abgegeben, die fraglichen Bemerkungen Ziebers verdienten die schärfste Zurückweisung, das sei auch schon unsenerseits in den Versammlungen geschehen, im Interesse der Arbeiterschaft sei uns daran gelegen, durch die Verhandlungen ein praktisches Ergebnis zu erzielen, außerdem gehöre die Sache vor den Gemeinderat, wo jene Äußerungen auch gefallen seien. Vorhölzer reißt sich ob dieser Ausführungen vergnügt die Hände und bemerkt: „Sehen Sie, auch die Christlichen sind unserer Meinung“, wozu ihm wieder niemand den Auftrag gab, da die Christlichen bekanntlich eines Vormundes nicht bedürfen.

Herr Zieber erklärte nun, er habe nur die Agitatoren gemeint, die gewissenlos und „wüßte“ tun, nicht diejenigen, die im wohlverstandenen Interesse ihrer Mitglieder handeln. Damit war dem Faß der Boden ausgeschlagen. Vorhölzer springt auf, doch nicht um zu gehen, sondern sich in seiner Not an den Herrn Kommerzienrat Ehrhard zu wenden mit der flehentlichen Bitte, er möchte doch die Geschichte einwickeln, als ihm dort unerbittlich abgewunken wurde, läuft er wirklich mit seinen beiden Kollegen auf und davon. An Vorhölzers Stelle wäre es nach der letzten Erklärung Ziebers klüger gewesen zu bleiben, da er sich jetzt dem Verdacht aussetzt, daß das in jener Erklärung Gesagte auf ihn und seine Kollegen zutrifft. Außerdem dürfte er sich als „Säulaukopf“, der er sonst sein will, nicht dem weiteren Verdacht aussetzen, als ob ihm an den Verhandlungen über die Lohnfrage nichts gelegen wäre. So hat er zur ersten eine zweite, zu dieser eine dritte oder Summa summarum eine Rieseneckelei begangen.

In einem Atemzug wird hier zugegeben, daß die Christlichen den Vorwurf energisch zurückgewiesen, und dennoch denselben auf sich sitzen lassen — eine Logik, die versteh wer will. — Die christlichen Vertreter, denen an dem Wohl und den Interessen der Arbeiterschaft mehr gelegen war als an der Hanswurstaade eines Vorhölzers, versuchten nun durch sachliche Verhandlungen herauszuschlagen, was nach den gegebenen Umständen zu erreichen war. Hierbei ist wohl zu merken, daß Vorhölzer gleich bei Beginn der Verhandlungen von den Arbeitgebern festgenagelt wurde, daß er nicht für eine generelle Lohnhöhung sei.

Dadurch wurde für die Arbeitervertreter die Situation ungemein erschwert, zudem machte das Weglaufen der sozialdemokratischen Vertreter auf die Arbeitgeber den Eindruck, daß es ihnen gar nicht ernst sei mit den Lohnhöhungen, und tatsächlich gab einer der Herren Arbeitgeber dieser Ansicht in drastischer Weise Ausdruck. Trotz den erschwerenden Umständen war es möglich, ein Resultat zu erzielen, dem sowohl die christlichen Arbeiter wie die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes zustimmten, wie aus dem nachstehenden Schreiben des Arbeitgeberverbandes hervorgeht:

„Auf Ihr Schreiben vom 22. d. M. teilten wir Ihnen mit, daß unsere gestern abend stattgehabte Generalversammlung ihr früheres Versprechen, wie auch die Erweiterung desselben durch die Kommissionsmitglieder in der am 20. d. M. stattgefundenen Besprechung mit dem christlichen Metallarbeiterverband gutheißt und solches auch auf den deutschen Metallarbeiterverband ausdehnt. Wir wiederholen dasselbe nachstehend: „Der Arbeitgeberverband empfiehlt seinen Mitgliedern, zu denen auch die Stuttgarter Betriebe gehören, da, wo die Umstände es gestatten, eine Erhöhung der Löhne ab 1. Oktober d. J. einzutreten zu lassen, unter besonderer Berücksichtigung der niederen Lohnsätze. Der event. höhere Lohn wird somit erstmals am 7. bzw. 8. Oktober zur Auszahlung gelangen.“

Es ist sicher, daß bei gemeinsamem Vorgehen noch mehr hätte herausgeschlagen werden können. Es geht ferner aus dem Schreiben hervor, daß die Arbeiterschaft in Gmünd eine Lohnhöhung dem christlichen Metallarbeiterverband zu verdanken hat, der durch sein besonnenes Auftreten das ermöglichte. Es geht daraus weiter hervor, daß nicht nur die Gmünder, sondern auch die Stuttgarter Gold- und Silberarbeiter davon profitieren. Als ob aber die Leitung des sozialdem. Verbandes mit den beangagerten Gesellen noch nicht genug hätte, fügt sie denselben eine weitere bei, indem sie dem Arbeitgeberverband schreibt: „Wir bestätigen Ihnen höflichst den Eingang Ihrer Zuschrift vom 24. ds. Mts. und haben Ihnen dazu zu erklären, daß Abmachungen, welche Sie mit dem christlichen Metallarbeiterverband getroffen haben, für uns nicht maßgebend sind. Unsere weitere Stellungnahme wird sich gemäß den Beschlüssen unserer Versammlung vom 21. ds. Mts. von Fall zu Fall nach dem Verhalten der einzelnen Betriebsinhaber richten.“

Nun sucht der sozialdemokratische Metallarbeiterverband in Betriebsversammlungen die Lohnmehring zu „erkämpfen“, die die Arbeitgeber zum Teil aus freien Stücken schon vor dem 1. Oktober durchzuführen, und die zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband am 20. Sept. vereinbart wurde und ab 1. Oktober ohne dies eintritt. Dadurch glaubt man die Dummheiten, die sozialdemokratischerseits auch noch gebilligt werden, wieder gut zu machen. In einer Zeit, wo die Ausperrung von mehr als 400 000 Metallarbeitern angedroht ist, und die allen Anzeichen nach auch zur Ausführung kommt, wagen diese Leute die Gold- und Silberarbeiter zu einem vollständig nutz- und aussichtslosen Kampf zu treiben.

Wie lange noch läßt sich ein Teil der Arbeiterschaft von solchen Fanatikern am Narrenseil herumführen? Tatsächlich ist es nun soweit gekommen, daß der Arbeitgeberverband den Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes kündigte, weil derselbe die über die Firma Schöninger verhängte Sperre nicht bedingungslos zurückzog. Die Arbeiter jenes Betriebes, sämtlich sozialdemokratisch organisiert, verlangten die Lohnaufbesserung, die ihnen zugesprochen war, schon ab 14. Sept., worauf sich der Arbeitgeberverband nicht einließ.

Die Familien der gekündigten Arbeiter sind gewiß zu bedauern, aber wenn sie blindlings der unverantwortlichen Taktik des Herrn Vorhölzer folgen, müssen sie auch die Konsequenzen zu tragen wissen. Jedenfalls werden jetzt die sozialdemokratischen Führer mit Vorhölzer an der Spitze unablässig hetzen und die Erregung der Arbeiter künstlich zu schüren suchen. Unsere Mitglieder, wie alle besonnenen und rechtbedenkenden Arbeiter der Smünder Edelmetallindustrie dürfen sich von diesen Elementen aber nicht beirren lassen, sondern müssen ruhig ihren Weg weiter gehen. Denn die Taktik der sozialdemokratischen Strategen kann den Arbeitern nur Nachteile und eine schwere Schädigung ihres Ansehens bringen.

Daß in der sozialdemokratischen Presse jetzt schon bei der durch die Dummheit der Genossen geschaffenen Situation das Blau vom Himmel herunter gelogen wird, kann nicht weiter Wunder nehmen. So wird z. B. dreist gelogen, in der sozialdemokratischen Versammlung seien 1500 und in der christlichen nur 150 Personen zugegen gewesen. Daß hierbei den Genossen etwa 500 zu viel und den christlichen ebensoviele zu wenig angerechnet sind, sei hier nur zur Illustration sozialdemokr. „Wahrheitsliebe“ festgestellt. Die Tatsache, daß der sozialdemokratische Verband von 1800 auf 800 Mitglieder heruntergegangen war, haben die roten Prahlhänse selbst nicht in Abrede gestellt. Wenn jetzt wieder etwige Abtrünnige den Weg in den roten Verband zurückgefunden haben, so stehen demgegenüber auch eine große Anzahl Neuaufnahmen im christlichen Metallarbeiterverband. Es gilt jetzt aber noch mehr zu agitieren, und alle Kräfte in der Werksarbeit nutzbar zu machen, um noch größere Fortschritte zu erzielen. Und dann in der nächsten Zeit vor allem Besonnenheit und Disziplin an den Tag legen, dann werden wir allen Angriffen und hinterlistigen Plänen der Gegner gegenüber die Arbeiterinteressen mit Erfolg wahren und verteidigen können.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

**Werftarbeiter.** In folgenden Orten stehen die Werftarbeiter im Kampf: Hamburg, Bremen, Kiel, Bremerhaven, Wegefeld, Lübeck, Flensburg, Rostock, Stettin. Der Zugzug von Arbeitern aller Branchen ist fernzuhalten.

**Menden i. W.** Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofeskamp), sind wegen Herabsetzung der Akkordpreise Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Klempnern, Metallbrüchern und Schleifern ist fernzuhalten.

**Emmerich.** Ueber die Firma Reintges, Niederhelmsche Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt worden.

**Wochum.** Bei der Firma Hermann Müller haben sämtliche Klempner Installateure und Heizungsmonteur wegen Differenzen die Kündigung eingereicht.

**Essen-Ruhr.** Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streit zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

**Siberfeld.** Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streit.

**Reheim.** Ueber die Firma Hübenner & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordpreise die Sperre verhängt. Zugzug von Metallbrüchern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

**Barmen.** Die Former der Wuppertaler Eisenhütte haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt.

**Kemscheid.** Die Maschinenhauer und Hilfsarbeiter der Kemscheider Feilenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

**Sundern bei Arnsberg i. W.** Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

**Sundern bei Arnsberg i. W.** Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugzug von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

**Düsseldorf.** Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streit.

**Hierlohn.** Bei der Firma Raschler u. Erone, Hierlohn stehen die Ketenschmiede im Streit.

Zugzug ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. Oktober 1910 der einundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 16. Oktober 1910 fällig.

Der heutigen Zeitungsendung liegen Bestelllisten für das Jahrbuch 1911 bei. Es ist zweckmäßig, diese schon in den nächsten Versammlungen zirkulieren zu lassen, damit beim Erscheinen des Jahrbuchs sofort mit dem Versand begonnen werden kann. Die weitgehendste Verbreitung in unseren Mitgliederkreisen mögen sich die Zahlstellenvorstände angelegen sein lassen.

Die Ortsgruppe Nürnberg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 20 Pfg. pro Woche. Die Ortsgruppe Freising erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg. statt bisher 5 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Mitteil.** Am Sonntag den 18. September fand bei Herrn Gastwirt Uinge hier eine Versammlung der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Hüttenleute statt. In derselben wurden die Delegierten zu der am Sonntag den 25. September im Jahresheim in Jüdischgraben Bezirkskonferenz gewählt. Nachdem der Delegierte der letzten Verbandsgeneralversammlung Kollege Wöhrmann, den Bericht erstattet hatte, wurden Betriebsangelegenheiten zur Sprache gebracht. In erster Linie ist man darüber sehr ungehalten, daß die in der Schmelzhütte beschäftigten Leute während der 14-tägigen Betriebspause nur 2,60 M. pro Tag ausgezahlt bekommen sollen, während sonst der Lohn 3,35 Mark bis 3,60 M. beträgt. Ein Lohn von 2,60 M. ist aber angesichts der teuren Zeiten durchaus ungenügend, um davon eine Familie ernähren zu können. Hinzu kommt aber noch, daß es sich bei diesen Leuten um Arbeiter handelt, die schon alle mindestens 25 bis 40 Jahre auf der Hütte in Arbeit stehen und tagaus, tagein in gesundheitsschädlicher Beschäftigung ihr Brod verdienen müssen. Da allem Anschein nach der Werksdirektor von der Sache nicht richtig informiert zu sein scheint, wurde der Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Gewerkschaftssekretär Buchner-Goslar von der Versammlung beauftragt, eine diesbezügliche Eingabe dem Herrn Werksdirektor zu unterbreiten. Einige andere Fragen sollen bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden. Die Delegierten wurden noch beauftragt, den Zentralvorstand des Verbandes, Kollege Wieser-Duisburg, zu einer der nächsten Versammlungen einzuladen. Auch sollen bei der diesjährigen Etatsberatung im preussischen Landtag wiederum die Wünsche und Beschwerden der Hüttenleute zur Sprache gebracht und die Vertreter frühzeitig eingeladen werden, um sich durch persönliche Information an Ort und Stelle ein Urteil zu bilden.

Zum Schluß wies der Bezirksleiter noch auf die allem Anschein nach aus Anlaß der Werftarbeiterbewegung bevorstehende Ausperrung der Metallarbeiter hin — die inzwischen in Berlin beschlossen ist — und 500 000 bis 400 000 Metallarbeiter treffen wird. Wenn auch von diesen Maßnahmen die fiskalischen Hüttenleute nicht direkt betroffen würden, so seien diese in der Privatindustrie ausgefuchtenen Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht ohne Einfluß auf die Verhältnisse in den Staatsbetrieben. Daher gelte es in dieser ersten Zeit alle unorganisierten Hüttenleute und Metallarbeiter dem christlichen Metallarbeiterverbande zuzuführen, um gegebenenfalls nicht schuldig dazustehen. Daß die Situation von einer sehr großen Anzahl Arbeiter richtig erfasst wurde, betonen auch die Neuaufnahmen die in letzter Zeit recht zahlreich erfolgt sind.

**Bremen.** Die Lohnverhältnisse der in der Silberbranche beschäftigten Arbeiter sind als sehr verbesserungsbedürftig zu bezeichnen. Akkordreduzierungen und schroffe Behandlung der Arbeiter sind an der Tagesordnung. Allen Arbeitern, die um leichtere Beschäftigung nachsuchten, gab man den Rat, eine Stelle als Kollkutscher oder an der Straßenbahn zu suchen. Wenn es bisher nicht möglich war, diese Verhältnisse zu bessern, so lag einerseits die Schuld an dem Indifferentismus so vieler Silberarbeiter, andererseits an dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Durch sein Verhalten, Nichtanerkennung aller nicht-sozialdemokratischen Verbände, machte derselbe ein gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Lohnverhältnisse unmöglich, zum Schaden der Arbeiter selbst.

Um nun die der Organisation noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen und die Desorientierung über unsere Bestrebungen aufzuklären, hielt unsere Ortsgruppe am 26. September eine öffentliche Versammlung ab. Das war in den Augen der Genossen, die das Gebiet als Alleinherrschend ihr eigen betrachteten, eine Frechheit, die nicht unbehindert geschehen darf. In größerer Anzahl erschienen deshalb die freien Verbände in der Versammlung. Ihre Forderungen lauteten Bureauwahl und unbeschränkte Redezeit. Erstere wurde vom Vorsitzenden abgelehnt und

zum zweiten die Genossen aufmerksam gemacht, daß auf der Einladung schon freie Diskussion zugesichert sei. Darauf beriefen die Sozialdemokraten mit stichlichem Wohlbehagen ob ihrer Selbstaufhebung den Saal. Nachdem hielt dann Kollege Hartwig-Hamburg ein Referat über die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben. Im Verlaufe seiner Ausführungen charakterisierte Redner auch das feige Verhalten der Genossen, die es nicht wagten, Rede und Antwort zu stehen. Da wo sie die Majorität haben, suchen sie die Minderheiten zu verewaltigen. Der Gang der großen Bewegungen, zeigen uns, daß wir christliche Gewerkschafter auf dem richtigen Wege sind. Daran ändert auch das Nachhaken mit den ausgezahlten Unterstellungen nichts. Ueber die Tatsache kann der freie Metallarbeiterverband nicht hinwegkommen, daß unser Verband pro Kopf mehr als das dreifache Reineinkommen aufzuweisen hat.

Wähte diese Versammlung dazu beitragen, den nach Unorganisierten die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses im christlichen Metallarbeiterverband verbreiten. Dann werden wir in der Lage sein, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

**Essen.** Unsere Ortsgruppe hielt am 28. September im katholischen Vereinshaus in Essen-West eine überaus stark besuchte Versammlung ab, die sich mit der drohenden Ausperrung befaßte. Nach einem elagischen Referat des Bezirksleiters Schmih (Köln) und einer regen Diskussion wurde einstimmig nachstehende Resolution angenommen:

„Die heutige seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes in Essen-West stattfindende, von rund 2000 Metallarbeitern besuchte Versammlung bezeugt im Interesse der Allgemeinheit wie auch des Gewerbes und vor allem der Arbeiterschaft die scharfe Zustimmung des Kampfes der um anständige Lohn- und Arbeitsverhältnisse ringenden Werftarbeiter. Aus demselben Grunde verurteilt die Versammlung die anfängliche Haltung der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die zum mindesten die Möglichkeit einer früheren Beilegung des Kampfes hinausgeschoben hat. Die Versammelten verpflichten sich, den Ausgesperrten weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung angedeihen zu lassen und ersuchen deshalb den Zentralvorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes, falls es zum Äußersten kommen sollte, durch Erhebung von Extrabeiträgen und Ausgabe von Sammellisten eine energische finanzielle Stärkung der Ausgesperrten in die Wege zu leiten. Die Versammlung hofft, daß die eingeleiteten Friedensverhandlungen zu einem guten Abschluß der Werftarbeiterbewegung führen werden; sie erklärt aber auch, daß das einzig wirksame Mittel zur Verhütung bevorstehender Schwürerungen des Wirtschaftslebens die Stärkung vor allem der christlichen Organisationen darstellt und verpflichtet sich, die Anwesenden, mit allen Mitteln an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten und, soweit dies noch nicht geschehen, unverzüglich demselben beizutreten.“

Anmerkung der Redaktion. Wehmütige Kundgebungen liegen vor aus öffentlichen Metallarbeiter-Versammlungen in: Köln, Mülheim a. Rhein, Menden, W. Madbach, Rheint, Duisburg, Witten, Berlin usw. Da die Gefahr einer Massenausperrung gemäß den neueren Meldungen näher rückt, wird es jetzt darauf ankommen, die vorstehenden Anregungen praktisch durchzuführen.

**Fröndenberg.** Schon zu wiederholten Malen mußte in hiesiger Gegend der christliche Metallarbeiterverband das Koalitionsrecht der Arbeiter verteidigen. Noch vor einigen Monaten führte derselbe deshalb einen schweren Kampf in dem kleinen Industrieblättchen Sundern. Auch heute wieder droht ein solcher Kampf in Fröndenberg auszubrechen. Seitens unseres Verbandes, der im hiesigen Bezirk eine rührige Tätigkeit entfaltet, wurde schon vor Monaten versucht, in Fröndenberg in öffentlicher Versammlung die christliche Gewerkschaftsidee unter der dortigen Arbeiterschaft zu propagieren. Bezeichnenderweise war es die Firma F., welche durch Anschlag ihre Arbeiter vor dem Besuch dieser Versammlung warnte.

Nun hat diese Firma in den letzten Tagen ihren Arbeitern einen enormen Abzug von circa 20 Prozent gemacht. Es sollte daher eine Versammlung stattfinden, in der zu diesem ungerechtfertigten Lohnabzug Stellung genommen werden sollte. Doch die Firma erließ zum zweiten Male einen Anschlag und warnte vor dem Besuch dieser Versammlung. Ob es zutrifft, daß dieser Anschlag eine Androhung sofortiger Entlassung beim Besuch der Versammlung angeht, war, wurde noch nicht festgestellt, wohl aber enthielt dieselbe einen Hinweis auf den geringen (!) Abzug und darauf, daß die Firma auch keinem Verbandsangehörigen (!) Der Anschlag verfehlte seine Wirkung nicht, kein einziger Arbeiter getraute sich, zu der Versammlung zu erscheinen, dagegen aber erschienen der Mitinhaber F., ein Bruder des Herrn F. und zwei Meister. Die Arbeiter sollten sich geschlossen dagegen wehren, um eine beratige Verkürzung der Löhne nicht so ohne weiteres hingenommen zu lassen. Jedenfalls aber sollte man erwarten, daß Kämpfe um das Koalitionsrecht in unserer Zeit nicht mehr geführt werden brauchen. In der Verteidigung dieses Rechtes steht zweifellos die gesamte Öffentlichkeit auf Seiten der Arbeiter und des christlichen Metallarbeiterverbandes. Aber auch von den Arbeitern Fröndenbergs erwarten wir, daß sie sich als ganze Männer zeigen, die nicht gewillt sind ihre Freiheit so ohne weiteres zu opfern, sondern sich wie ein Mann erheben gegen ein solches willkürliches Vorgehen. Arbeiter Fröndenbergs! Gebt die einzig richtige Antwort darauf, indem ihr Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten.

**Sagen.** Einen „Bombenerfolg“, der die „Genialität“ der sozialdemokratischen Führer wieder bengalisch beleuchtete, erzielte der Deutsche Metallarbeiterverband unlängst bei der Firma Wippermann hiersebst. Mit großem Tamtam inszenierte man vor Monaten eine Bewegung, um die tarifliche Festlegung der Akkordlöhne zu erreichen. Obgleich sowohl der christliche Metallarbeiterverband wie der S.-D. Gewerbeverein in Betracht kamen, ging man einherig vor, schaltete also die nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft aus. Herr Ernst, seines Zeichens Geschäftsführer des sozialdemokratischen Verbandes, wollte eben allein „Retieger“ und „Sieger“ sein.

Der Tarif wurde eingereicht, von der Firma jedoch glatt abgelehnt; zum großen Entsetzen des Genossen Ernst

denn er glaubte, ohne Schwertstreich einen Sieg erringen zu können. Wie sehr er sich verrechnet hatte, mußten zunächst die Automatensteller erfahren, denen sofort 18 Prozent Lohnabzug beschert wurden. Der Krieg wurde daraufhin eröffnet. Wie ernst man es meinte, beweist schon die Tatsache, daß man den Vorschlag der Firma, die Arbeiter möchten aus ihrer Mitte eine Kommission wählen, mit der verhandelt werden sollte, mit der Motivierung ablehnte, es müsse unbedingt mit dem Verbandsbeamten verhandelt werden. Die gutorganisierte Abteilung Presseerei mußte sich solidarisch erklären, jedoch zu Ende August zirka 200 Arbeiter im Streik standen.

Von einer Gerechtigkeit der Firma, mit dem soziald. Verband zu verhandeln, hörte man indes noch nichts. War aber auch nicht notwendig. Die Presse standen kaum 14 Tage im Streik, da eilte Genosse Spiegel schon zur Firma Wippermann, die Friedensfahne schwingend. Ueber das Verlangen, mit der Verbandsleitung zu verhandeln, soll kaum diskutiert worden sein. Die Firma gab zu erkennen, daß sie mit den Arbeitern verhandeln wolle, lehnte daher auch Spiegel ab. Nun wurde eine Arbeiterkommission gewählt und dann kam eine Einigung zustande. Beim Parteibüro wurde der errungene „Sieg“ gehörig gefeiert.

Leider war es ein fauler Friede, denn am nächsten Tage wurden von 200 Siegern 70 Mann die Einstellung zurückgewiert. Man streikte daher noch 24 Stunden weiter, um dann aber auf Höheres Kommando doch die Arbeit aufzunehmen.

In der sozialdemokratischen „Tretel Presse“ faßelt man nun von „beachtenswerten Erfolgen“, obgleich die Arbeiter der Ansicht sind, daß das Errungene auch ohne Streik hätte erreicht werden können. Gätten die sozialdemokratischen Führer nur etwas weniger ihren Machtbunkel herborgehört, so brauchten nicht 50 Arbeiter als Opfer dieser Strategien auf dem Pflaster zu liegen.

Mit blutrünstigen Neben werden keine Erfolge erzielt, das sollten die Arbeiter von Hagen und Umgebung einsehen gelernt haben. Darum liegt es im Interesse der Arbeiter, wenn sie dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten, der sich in den 10 Jahren seines Bestehens zu einer der leistungsfähigsten Gewerkschaften entwickelt hat.

**Köln-Chrenfeld.** Vom Inhaber der Maschinenfabrik Ch. Zimmermann in Köln-Chrenfeld, erhalten wir zu den diesbezüglichen Notizen in Nr. 36 und 38 eine weitere Aufschrift, in der die Angaben des Einsenders erneut bekräftigt werden. Im Anschluß an die Verichtigung des Herrn Zimmermann in Nr. 38 war u. a. gesagt:

„Tatsache ist, daß dem verletzten Dreher vom Arzte der Brief vorgelesen wurde, den die Firma an die Krankenkasse gerichtet hatte und in dem derselbe als Stimulant bezichtigt wurde.“

Demgegenüber sendet Herr Zimmermann ein Schreiben der Ortskrankenkasse mit folgendem Wortlaut an uns ein:

Allgemeine Ortskrankenkasse  
Müngersdorf I  
zu Köln-Bickendorf.

Köln-Bickendorf, den 24. 9. 1910.  
Herrn Ch. Zimmermann  
Köln-Chrenfeld.

Wir bestätigen Ihnen gerne, daß noch niemals irgend-eine Mitteilung an die hiesige Kasse ergangen ist, wodurch Sie einen Ihrer Arbeiter oder ein sonstiges Mitglied als Stimulant bezeichnen.

Der Vorstand.  
J. M.: Meier, Vorsitzender.

Hier stehen zwei bestimmt lautende Behauptungen ein-ander direkt gegenüber. Nun hat der Urheber und Einsender der ersten Notiz das Wort, um diesen Widerspruch aufzuklären.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß wir es ganz entschieden verurteilen müßten, wenn die Einsender von kritisch gehaltenen Korrespondenzen nicht ganz genau bei den wahrheitsgemäßen Tatsachen blieben. Wir haben dies nicht einmal, sondern ungezählte Male von allen Einsendern nachdrücklich verlangt. Es liegt uns auch nichts ferner, als irgend einem Arbeitgeber Unrecht zu tun oder gar dessen Ansehen zu schädigen. Dafür bürgt das Programm unseres Verbandes und die ganze bisherige Haltung unseres Verbandsorgans. Wir müssen deshalb auch den schweren Vorwurf des Herrn Zimmermann in seinem in erregtem Tone gehaltenen Begleitbrief, daß „es ja in unserem Interesse läge, solch gefäßigen, unwahren Behauptungen in unserm Blatte Spielraum zu lassen“, mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Die Sache liegt doch gerade umgekehrt. Es kann unsern Arbeiterinteressen nur schaden, wenn unwahre Behauptungen aufgestellt und nachher als solche nachgewiesen werden; abgesehen von der Hauptsache, daß wir aus Gründen der Objektivität und Ehrlichkeit über niemanden unwahre Behauptungen verbreiten. Und wenn dennoch einmal eine Zeitung von irgend einem Einsender hereingelegt wird, — was der vorzüglichsten Redaktion geschehen kann — so hat deshalb noch niemand ein Recht, der betr. Zeitung gefäßige, unehrliche Motive zu untergeschreiben. Daß Herr Zimmermann dies versucht, beweist aber, daß er der unschuldsvolle Engel nicht ist, wie er sich in seinen Schreiben darzustellen beliebt, mag nun die Angelegenheit mit dem Stimulantenbrief liegen wie sie will. Und wenn wir in dieser Sache getäuscht und falsch berichtet sein sollten, so nehmen wir keinen Anstand, die Behauptung öffentlich zurückzunehmen. Der betr. Einsender wird dann das weitere von Verhandlungswegen zu gewärtigen haben.

**Saarrevier.** Das Jahr 1910 hat den Protektoren der „Gelben“ Hüttenvereine an der Saar schon manche unangenehme Ueberraschung gebracht. Wurde doch plötzlich der Vater der Gelben an der Saar, Herr Dr. Wagner, für die lazarische Hüttenindustrie wegen seiner „großen Leistungen“ unbrauchbar. Daß das Konto eines Mannes, der seine ganze Kraft in den Dienst der Arbeiter- und Volksvergewaltigung gestellt hat, schwer belastet sein muß, ehe er von den Saarrüthenkapitalisten gestürzt werden konnte, ist jedem Bürger und Arbeiter klar. Dr. Wagner, der Mittelpunkt der Gelben, mußte gehen, nachdem er für seine mühevollen Arbeit auf der Burbacher Hütte ein jährliches Gehalt von 18 000 Mark bezogen hatte. Was dieser Mann auf dem Herdholz hatte, konnte die Deffentlichkeit nur zum Teil erfahren. Ein Vorsitzender der gelben Hüttenvereine der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke

in Wöllingen mußte sich kürzlich in einer von über 800 Arbeitern und Bürgern besuchten Versammlung in Wöllingen sagen lassen, daß er moralisch nicht auf der Höhe stehe. Auch der Vorsitzende der Gelben in Burbach mußte es sich gefallen lassen, daß in mehreren Versammlungen Briefe veröffentlicht wurden, seine Person betreffend, in denen alles andere als Ehrenvolles über diesen „gelben Führer“ stand. Beide „Gelben“ haben nicht die Gelegenheit wahr-genommen, um an Gerichtsstelle das Gegenteil von dem zu beweisen, was über sie ausgesagt wurde.

Daß unter all den angegebenen Umständen das „gelbe Nieder“ stark nachgelassen hat und die einmal mit Natur-notwendigkeit kommende Reaktion jetzt schon droht ein-zusetzen, ist begreiflich. Auf diesen Gedanken mußte auch bei der diesjährigen „gelben“ Parade in Burbach alles aufgegeben werden, um eine Anzahl Leute auf die Beine zu bringen. Auf der Burbacherhütte erhielt jeder Gelbe 2,50 M. in bar, wenn er am Festzug teilnahm, so daß jedem die Garantie gegeben war, daß er sich den Bauch voll Bier gießen könnte. Schinkenbrödeln und Freibier sind außer Kurs gesetzt worden. Die „Gelben“ der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke erhielten freie Fahrt und 1 bis 1,50 Mark Gehrgeld. Auf allen Werken waren die Beamtenapparate in Tätigkeit gesetzt worden, um durch den üblichen Druck die notwendigen „Getreuen“ auf die Beine zu bringen. Und das Resultat? Die Burbacher Hütte stellte 2100 Festzugsteilnehmer, einschließlich der Pensionäre und Beamten. Dagegen werden 5344 Arbeiter gegenwärtig auf der Burbacher Hütte beschäftigt. Die Wöllinger Hütte und das Oberhomburger Werk hatten unge-fähr 1000 Festzugsteilnehmer gestellt, so daß 3100 Personen im Festzuge gezählt wurden. Wenn das Burbacherhüttenblätt-chen alias „Saarbrücker Sozialanzeiger“ von 7000 Festzug-teilnehmern faßelt, so hat diese Zeitung noch mal die Deffent-lichkeit gründlich angeführt.

Wer Gelegenheit hatte, den Festzug zu beobachten, der konnte merken, daß es sich um Zwangsformationen handelte. Der gedrückte Gang, die niedergedrückten Augen der Leute, gaben von den Seelenkämpfen der armen Arbeiter Zeugnis, die darin ihre Ursache hatten, die sie zum Spott und Hohn der Bürger- und Arbeitererschaft als Wahrzeichen der Hütten-herrschaft über die Straße ziehen mußten. Dies alles stört jedoch den durch den kalten Wonnemorgen abgehärteten Kapita-listen nicht, er starrt nur darauf, seinen Zweck zu erreichen, ob dabei Arbeiter und Volksrechte mit Füßen getreten wer-den, ist ihm gleich.

Sein Generaldirektor Weisdorf kündigte den „Gelben“ Hüttenvereinen an, daß die Verwaltung in diesem Jahre 175 000 M. Gratifikationen (soll heißen Alimosen) für die Mitglieder des Hüttenvereins ausgemessen habe. Bekanntlich opferte die Hütte in früheren Jahren 150 000 M. für diesen Zweck. Aufscheinend genügte die bisherige Summe nicht mehr, um die Gelben im Schach zu halten. Ja, 175 000 Mark ist der Hüttenverwaltung die Wiederhaltung des christl. Metallarbeiter-Verbandes wert, muß dies nicht dem Arbeiter Anlaß zum Denken geben? Der Kapitalismus tut nichts, was nicht im Interesse seines Gewinnes liegt und so mißt auch die Burbacherhütte nur aus dem Grunde dieses Almosen unter die Arbeitererschaft, um auf der anderen Seite besser ihr Geschäft auf Kosten der Arbeiter machen zu können. Aufscheinend sucht auch die Hüttenver-waltung, durch die erhöhte Gratifikation die Gelben jetzt schon für die kommenden Reichstagswahlen gefügig zu machen. Denn schließlich hat die ganze „gelbe“ Mache der Hüttenverwaltung auch einen politischen Hintergrund. Den Hüttenarbeitern an der Saar, so weit sie auf christlich-nationalem Boden stehen, rufen wir zu: Tretel ein in den christl. Metallarbeiter-Verband, denn er allein ist in der Lage, eure Interessen zu vertreten und Arbeiter-rechte zu schützen.

**Soziales.**

**Das Bevölkerungswachstum in den einzelnen deutschen Bundesstaaten im letzten Jahrhundert.**

Im allgemeinen Durchschnitt hat die Bevölkerung im jetzigen deutschen Reiche seit Beendigung der Befreiungskriege um 144 Prozent zugenommen, die pro-zentuale Zunahme war jedoch in den einzelnen Bundes-staaten und Provinzen recht verschiedenartig, je nachdem, sich in den einzelnen Landesteilen in stärkerem Um-fange Industrien angesiedelt haben oder sich der Handel ausbreitete, oder ob die Landwirtschaft der hauptsächlichste Erwerbzweig der Bevölkerung blieb.

In Preußen betrug die Bevölkerung im Jahre 1816 10,359,000, bei der letzten Volkszählung aber 37,293,000, die Zunahme betrug 260.3 Prozent, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß Preußen im Laufe des Jahrhunderts rund 4 Millionen Einwohner durch Annektion erhielt. Die Bevölkerungszunahme stellte sich weiter auf 180.9 Prozent in Bayern, auf 277.6 Prozent in Sachsen, auf 63.1 Prozent in Württemberg, auf 100 Prozent in Baden, auf 132.9 Prozent in Hessen, auf 102.9 Prozent in Mecklenburg-Schwerin, auf 101 Prozent im Großherzogtum Sachsen, auf 43 Prozent in Mecklenburg-Strelitz, auf 87.6 Prozent in Oldenburg, auf 118 Prozent in Braunschweig, auf 122.3 Prozent in Sachsen-Meinungen, auf 114.6 Prozent in Sachsen-Altenburg, auf 116.1 Prozent in Sachsen-Coburg-Gotha, auf 173.3 Prozent in Anhalt, auf 88.8 Prozent in Schwarzburg-Sondershausen, auf 79.6 Prozent in Rubel-stadt, auf 13.4 Prozent in Waldeck, auf 208.7 Prozent in Neuf a. L., auf 141.7 Prozent in Neuf j. L., auf 73.1 Prozent in Schaumburg-Lippe, auf 80.2 Prozent in Lippe, auf 194.4 Prozent in Lüneburg, auf 426 Pro-zent in Bremen, auf 468 Prozent in Hamburg und 41.7 Prozent in Elb-Lothringen.

Von den Bundesstaaten standen Hamburg und Bremen an der Spitze hinsichtlich der Vermehrung der Bevölkerung. Ueber dem Durchschnitt standen noch Preußen,

Bayern, Sachsen, Anhalt, Neuf a. L. und Lüneburg, am geringsten war die Bevölkerungsvermehrung in Waldeck, Mecklenburg, Strelitz und Elb-Lothringen. Von den einzelnen Landesteilen in Preußen hatte Westph. seit 1816 die größte Zunahme, hier vermehrte sich die Be-völkerung um 130.3 Prozent. Die Zunahme stellte sich weiter um 248.8 in Westfalen, um 236.9 Prozent im Rheinland, um 197.6 Prozent in Brandenburg ohne Berlin, um 154.8 Prozent in Schlesien, um 152.7 Prozent in Ost- und Westpreußen, um 148.9 Prozent in Sachsen, um 146.6 Prozent in Pommern, um 116 Prozent in Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein, um 71.4 Prozent in Hannover und um 23.6 Prozent in Hohenzollern.

**Ausländische Arbeiter in Preußen und warum sie da sein müssen.**

Die Zahl der in Preußen beschäftigten ausländi-schen Arbeiter hat in den letzten vier Jahren, also in einer Zeit, die zum Teil für das Gewerbe außer-ordentlich schlecht war und in der zahlreiche deutsche Arbeiter aus Mangel an Beschäftigung feiern muß-ten, eine geradezu rapide Zunahme erfahren.

Die Zahl der ausländischen Arbeiter betrug in Preußen in den Jahren 1905—1908

	Insgesamt	davon in der Industrie	davon in der Landwirtschaft
1905	454 000	247 000	207 000
1906	605 000	369 000	236 000
1907	733 000	475 000	258 000
1908	780 000	471 000	309 000

Nicht bedenklich sind die Gründe, die der „Deutsche Reichsanzeiger“ für die Zunahme der Zahl der aus-ländischen Arbeiter angibt. Das amtliche Blatt schreibt (9. Juli):

„Die Frage der Beschäftigung ausländischer Ar-beiter in Deutschland gewinnt von Jahr zu Jahr immer größere Bedeutung für unser Volk. Ganze Industrien sind heute auf diese Arbeiter angewiesen und können nur durch deren billigere Arbeit bestehen, so z. B. der Bergbau, die Zuteppinnerei in gewissem Sinne auch die Landwirtschaft, besonders im deutschen Osten.“

Daß die deutschen Industrien ohne die Schmutz-konkurrenz der ausländischen Arbeitskräfte nicht be-stehen könnten, bestreiten wir ganz entschieden. Auf die Billigkeit der Arbeitskraft hat sich noch niemals ein Gewerbe dauernd stützen können. Nur eine gut bezahlte, körperlich und geistig gesunde Arbeitererschaft wird imstande sein, Deutschlands Bedeutung und Anteil am Welthandel zu erhalten und zu vergrößern. In ihrer Profitsucht sind manche Unternehmer so blind, daß sie diese Wahrheit nicht ein-sehen können.

Für die christlichen Gewerkschaften erwachsen hier eine Fülle schwieriger Aufgaben; die Organi-sierung der Ausländer und ihre richtige Interessenvertretung gegenüber dem Unternehmer und der Gesetzgebung. Leider wird den christlichen Gewerkschaften diese Arbeit durch Gesetzgebung und Kurzsichtigkeit mancher Be-hörden außerordentlich erschwert. Nichtsdestoweniger müssen wir diesen Dingen eingehende Aufmerksam-keit widmen.

**Gewerbeärzte.**

Die Heranziehung von jng. Gewerbeärzten als selbständige Beamte neben den Gewerbeaufsichts-beamten für den besonderen Dienst der Gewerbe-hygiene bildet eine alte sozialpolitische Forderung. In Bayern hat die Regierung im vorigen Jahre durch die Anstellung eines Landesgewerbearztes der-selben entprochen. Dieser erstattet in den „Jahres-berichten der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten“ für 1909 den ersten Bericht über seine Tätigkeit, aus dem wir in „Kultur“ (M. Gladbach, Volksvereinsver-lag) einen Auszug finden. Wie leicht begreiflich, war die Tätigkeit des Landesgewerbearztes in erster Linie zunächst eine informativische, sofern es galt, Erfah-rungen für ein späteres Arbeitsprogramm zu sam-meln. Im allgemeinen muß der Berichterstatter fest-stellen, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer seinen Auf-gaben Interesse und Verständnis entgegenbrachten.

Was nun die Wirksamkeit des Landesgewerbe-arztes im einzelnen angeht, so beschäftigte er gleich im ersten Jahre schon 141 Betriebe mit rund 27 770 Ar-beitern. Wiederholt bot sich bei diesen Betriebsbesich-tigungen Gelegenheit, Mißstände festzustellen und deren Beseitigung durch Vermittlung des begleitenden Gewerbeaufsichtsbeamten zu veranlassen. Weiterhin war der Landesgewerbearzt bestrebt, zunächst die Ärzte mit den Forderungen und Bestrebungen der Gewerbehygiene vertraut zu machen, dann zur Unter-stützung und Mitarbeit aufzufordern. Um letztere in-ständiger und regelmäßiger Form zu erreichen, wurde besonders die Aufstellung von „Kommissionen für Arbeiterwohlfahrt“ innerhalb der einzelnen ärz-tlichen Bezirksvereine in Anregung gebracht.

Zur Belehrung der Arbeiter in ihren Organi-sationen wurden auch eine Reihe von Vorträgen über Fragen der allgemeinen und speziellen Gewerbe-hygiene ausgearbeitet und die Beschaffung des dazu nötigen Demonstrationmaterials in Angriff genom-men. Auch mußte sich der Landesgewerbearzt die Mit-

Hilfe der Presse nutzbar zu machen. In einem besonderen Abschnitte sind der Gewerbeärztl. keine Erfahrungen und Beobachtungen auf dem Gebiete der Gewerbehygiene wieder. Viele, besonders kleinere Betriebe lassen selbst beschriebene Forderungen der Reinlichkeit vernachlässigen; vielfach wurde seitens der Arbeiter und Arbeitgeber über die unrationelle Ernährung und den Alkoholmissbrauch in der Arbeiterwelt geklagt, worüber der Beamte einige bemerkenswerte Ausführungen macht. Weitere Bemerkungen des Landesgewerbeärztes betreffen spezielle Berufsschädlichkeiten (Sichtreize, hohe Temperaturen, typische Staubwirkungen, gewerbliche Gifte) usw.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Landesgewerbeärztl. bei einer zweckdienlichen Unterstützung durch die anderen Instanzen, speziell aber auch der Arbeiterschaft, eine recht nützbringende Tätigkeit auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ausüben kann. Die Heranziehung von Gewerbeärzten ist auch in Preußen wiederholt gefordert worden; die Regierung hat bisher aber immer Bedenken getragen, auf diese Forderung einzugehen.

**Einkommen und Miete.**

Bei der Einweihung der Städtebau-Ausstellung in Berlin wurde u. a. mit Recht darauf hingewiesen, daß die Reichshauptstadt mit Ausnahme von Paris alle anderen Großstädte an Wohnlichkeit übertrifft.

Wie der Volksreichtum der Städte zurückwirkt auf die Wohnungspreise, und welche Zusammenhänge hieraus sich wiederum ergeben für das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete, machen dem Ausstellungsbesucher lehrreiche statistische Tabellen, erläutert und ergänzt durch graphische Darstellungen, in überzeugender Weise ersichtlich. Die Ergebnisse dieses statistischen Materials der Städtebau-Ausstellung, dessen Sammlung die verdienstvolle Arbeit des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg ist, lassen sich etwa in folgende Sätze zusammenfassen:

Je niedriger das Einkommen, desto höher die Miete. Gewählt seien aus dem Material der Ausstellung Hamburg und Breslau.

Hamburg		Einkommenshöhe in M.				
Jahr		900—1200	1200—1800	1800—2400	2400—3000	
Die Miete betrug in Hundertsteilen des Einkommens	Jahr	1868	1874	1892	1894	1901
		19,8	20,9	21,2	24,1	24,7
		16,0	15,5	16,7	16,1	14,3

  

Breslau		Einkommenshöhe in M.				
Jahr		420—600	600—900	900—1200	1200—1800	1800—2400
Die Miete betrug in Hundertsteilen des Einkommens	Jahr	1880	1900	1900	1900	1900
		28,9	21,0	20,6	19,8	18,3
		31,8	20,0	19,7	16,9	14,6

Die Richtigkeit der obigen These erweist sich aus den hier vorgeführten Biffen ohne weiteres. Noch ein zweiter Satz aber läßt sich aus ihnen ableiten: Der Mietpreis steigt bei den kleinen Einkommen, und sinkt bei den größeren und großen. Diese Tatsachen werden an der Hand statistischen Materials ebenso demonstriert für weitere städtische Mittel- und Kleinstädte und für Schöneberg selbst. Es läßt sich also nicht der Einwand geltend machen, die vorgeführten Wechselbeziehungen zwischen Einkommen und Miete beständen etwa nur für Großstädte.

Eine Berechnung, wie hoch eine bestimmte Wohnraumeinheit bei verschiedenartiger Wohnungsgröße im Preise steht, führt zu folgenden Ergebnissen. (Posen.) 1 Kubikmeter Raum kostete bei den Wohnungen von

10 bis 20 cbm:	4,34 M.
20 " 30 "	3,60 "
30 " 40 "	3,17 "
40 " 50 "	3,01 "
50 " 120 "	2,16 "

Gleiche Erhebungen sind für andere Städte ange stellt, leider muß auf ihre Wiedergabe aus Raumgründen hier verzichtet werden. Sie führen insgesamt zu der Feststellung, wie es das obige Beispiel Posens erkennen läßt, daß die arme bzw. minderbemittelte Bevölkerung, die sich mit weniger Wohnräumen begnügen muß, den Kubikmeter Wohnraum mit weitaus höherem Preise zu bezahlen hat, als die Kreise mit besserem Einkommen. Mit anderen Worten: Je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.

**Eine Statistik der Eisenbahnunfälle.**

Gerade jetzt nach der Reisezeit ist eine Statistik der Eisenbahnunfälle in den einzelnen Ländern nicht ohne Interesse. Nimmt man die Zahl der beförderten Personen als Maßstab an, so hat Deutschland die wenigsten Eisenbahnunfälle. Auf Deutschland kann man pro Jahr auf 1 Million Eisenbahnreisende 0,08 Todesfälle infolge eines Eisenbahnunglücks, dagegen in Oesterreich 0,12, in Frankreich 0,13, in England 0,14, in der Schweiz 0,15, in Belgien 0,22, in England Vereinigten Staaten 0,45. Ganz außerordentlich groß ist die Zahl der auf den Eisenbahnen getöteten Reisenden in Rußland, denn dort kommen auf je 1

Million Eisenbahnreisende 2,24 Todesfälle. Stellen wir die Prozentziffern auf eine breitere Grundlage und nehmen wir jedesmal statt 1 Million Eisenbahnreisende 50 Millionen, so wird die Uebersicht noch klarer. Von je 50 Millionen Eisenbahnreisenden werden durch Unfälle getötet in Deutschland 4 Personen, in Oesterreich-Ungarn 6 Personen, in Frankreich 6,5 Personen, in England 7 Personen, in der Schweiz 7,5 Personen, in Belgien 11 Personen, in den Vereinigten Staaten 22,5 Personen, in Rußland aber 112 Personen. Auch die Zahl der auf den Eisenbahnen verletzten Personen ist in den einzelnen Ländern außerordentlich verschieden. Nach dieser Richtung hin steht Frankreich am günstigsten da. Auf je 50 Millionen Reisende kommen in Frankreich 9 verletzte Personen, in Deutschland 19,5, in Oesterreich-Ungarn 48, in der Schweiz 56, in England 97, in Belgien 151, in den Vereinigten Staaten 329 und in Rußland 581 Personen.

**Geldbeingänge bei der Hauptkasse.**

Monat August.

Menden 1596,99, Bielefeld 700,—, M.-Glabbach 1500,13, Markt-Redwig 23,35, Düren 388,33, Amberg 261,06, Karlsruhe 248,31, Selbst 213,69, Schuffenried 40,95, Singen 86,17, Olsberg 48,10, Bruchsal 75,91, Teubitz 31,43, Engelskirchen 55,40, Konstanz 94,72, Delde 615,68, Elbing 56,23, Schweidnitz 163,70, Warstein 150,—, Bremerhaven 65,37, Berlin 210,—, Jaffa 185,18, Karlsruhe 34,31, Dülmen 383,95, Nabelzell 132,61, Bremen 22,55, Wöppingen 138,—, Coesfeld 40,38, Hömmingen 61,40, Ealbe 156,89, Krefeld 320,07, Wülfel 292,21, Danzig 455,53, Straßburg 15,85, Dresden 196,13, Goch 73,16, Warmen 444,87, Furthwangen 258,71, Neustadt i. S. 5,—, Dessau 124,15, Solinger 1174,24, Hamm i. W. 4852,05, Aachen 1746,18, Norden 73,14, Grevenbrück 105,15, Leer 27,42, Erlangen 20,95, Pegnitz 83,14, Bodentöhr 100,—, Frankfurt a. M. 432,58, Heidelberg 159,12, Pippstadt 976,—, Dinklage 329,15, Oberursel 394,63, Merzweiler 21,84, Kollscheid 8,—, Necker- nisch 62,75, Papenburg 557,64, Neubiges 60,—, Ulm 100,—, Würfel 1139,28, Chemnitz 60,23, Nürnberg 35,58, Braunschweig 36,73, Pforzheim 279,45, Langelsheim 139,65, Treich 39,77, Siegen 1063,24, Euskirchen 23,49, Papenburg 37,15, Saarbrücken 925,27, Neustadt a. S. 127,61, Neheim 562,63, Nadebornwald 377,94, Schwenningen 23,89, Dibe 200,—, Grevenbrück 115,49, Vörlitz 29,45, Euben 3,33, Sömmern 26,55, Anisburg 74,31, Düsseldorf 500,—, Dülfen 100,—, Paffau 112,45, Breslau 13,75, Fulda 320,53, Kollscheid 300,—, Schweinfurt 150,—, Krefeld 40,40, Bielefeld 450,—, Köln 2600,—, Weverungen 12,40, Hoppede 301,91, Nürnberg 1073,92, Hoppede 6,80, München 535,16, Weierhammer 109,70, Hagen 850,—, Laubach 89,79, Mühlhausen i. T. 200,—, Wöhlen 607,68, Eßlingen 60,—, Bromberg 66,34, Worms 40,60, Dingelstädt 350,—, Berlin 300,—, Sulzbach 235,—, Alne 257,99, Wiesbaden 39,—, Trierberg 255,75, Darmstadt 19,55, Bochum 600,—, Hamm i. W. 1065,35 M.

Monat September.

Reine 83,75, Altenau 60,—, Markkirch 13,26, Kollscheid 200,—, Solingen 600,—, M.-Glabbach 300,—, Würfel 800,—, Aachen 1600,—, Ulm 100,—, Frankenthal 158,45, Freiburg 215,05, Oer 200,—, Warmen 600,—, Helmstedt 6,—, Mugsburg 100,—, Stuttgart 578,57, Dortmund 500,—, Dülfen 100,—, Kempen 50,—, Essen 2500,—, Duisburg 500,—, Hamm i. W. 750,—, Landsberg 1,80, Gerbach 18,08, Frankfurt a. M. 34,50, Schweinfurt 150,—, Gelsenkirchen 600,—, Aachen 800,—, Hagen 353,73, Schwelm 1600,—, Menden 2000,—, Nidgrath 46,80, M.-Glabbach 450,—, Wilhelmshaven 64,68, Jagostraße 28,—, Bochum 300,—, Neheim 400,—, Essen 3000,— M.

**Sterbetafel.**

**Essen.** Am 26. September starb unser Kollege Heinrich Gräter an Lungen- und Rippenfellentzündung.

**Gelsenkirchen.** Am 19. September starb unser Mitglied Kaspar Luig im Alter von 52 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

**Verammlungs-Kalender.**

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Verammlung!

- Hagenburg.** Samstag, den 8. Oktober Verammlung im Gasthaus „Zur goldenen Glocke“.
- Berlin.** Sonnabend, den 8. Oktober allgem. Mitglieder- verammlung mit Vortrag in Schul Festsälen am Königsgraben 14a
- Bruchhausen.** Samstag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr bei Eckart Verammlung mit Vortrag.
- Bochum.** Sonntag, den 9. Oktober, 11 Uhr, Verammlung im Salamander, Alleestr.
- Dudweiler.** Sonntag, den 9. Oktober außerordentliche Generalversammlung für Hagenhandwerker, Maschinisten und Privat- handwerker im Lokale bei Fritz Ketter Bahnhöfstr.
- Duisburg-Großenbaum.** Sonntag, den 9. Oktober, morgens 11 Uhr bei Bräutigam Mitgliederversammlung. Die gesamten Abreisen und Mitabreiser mitbringen.
- Duisburg-Uerdingen.** Sonntag, den 9. Oktober, morgens 1/2 11 Uhr bei Schmitz (Zum Parlament) Mitgliederversammlung.
- Duisburg.** Freitag, den 14. Oktober, abends 1/2 9 Uhr bei Hüppers, Wanzheimerstr. 61, Verammlung mit Frauen.
- Duisburg-Beck.** Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr Verammlung mit Vortrag bei Rölleken, Kaiserstr.
- Duisburg.** Sonntag, den 9. Oktober, punkt 1 Uhr ver- sammeln sich die Kollegen zur Hausagitation bei Rüppers.

- Hbg.-Hamborn.** Sonntag, den 9. Oktober, nachmittags 3 Uhr bei Bauhoff, Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Düsseldorf-Oberkassel.** Sonntag, den 9. Okt. vormittags 11 Uhr Bezirks-Versammlung bei Foffel, Burgallee 50.
- Düsseldorf-Beurath.** Samstag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Lampenschef-.
- Düsseldorf-Eller.** Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Esser, Dumberstraße.
- Düsseldorf-Gerresheim.** Sonntag, den 16. Oktober, vor- mittags 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale „Zinn roten Bahn“, Graulingstr.
- Düsseldorf-Verften.** Samstag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung.
- Essen-Nord-Ost.** Sonntag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung mit Frauen, im Eiseller, Weuststraße.
- Essen-Buttrop.** Sonntag, den 9. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokale Stattrop, Steelerstr.
- Essen-Werden.** Sonntag, den 9. Oktober, morgens 11 Uhr, Mitgliederversammlung bei Vekers, Vornstr. in Werda.
- Essen-Altendorf.** Sonntag den 9. Oktober, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung mit Frauen im Verkehrslokale N. Wint, Altendorferstraße.
- Essen-Stecke-Krey.** Samstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Freitag, Grenzstraße.
- Essen-Kleinewerbe.** Samstag, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohn- hauserstraße 19.
- Erkenschwick.** Besondere Arbeiter-Versammlung Dienstag, den 11. Oktober, abends 8 Uhr bei Kausch.
- Flensburg.** Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung bei E. Raabe, Marienstr. 1.
- Fraunfurt a. M.** Samstag, den 8. Oktober, abends 9 Uhr im Neherjaal, Langestraße 29.
- Gelsenkirchen-Wulfsc.** Freitag, den 7. Oktober abends 8 Uhr bei Welsche.
- Gelsenkirchen-Erle.** Samstag, den 8. Oktober, abends 8Uhr bei Geel.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, den 9. Oktbr., vormittags 11 Uhr bei Wagner.
- Herne.** Die Mitgliederversammlung findet jetzt alle 14 Tage, Samstag 8 1/2 Uhr im christlichen Gewerkschaftshaus stat. Nächste Versammlung Samstag den 8. Oktober.
- Sattingen.** Samstag, den 2. Oktober 8 1/2 Uhr, Versamm- lung bei Haumer.
- Samm-Weff.** Sonntag, den 9. Oktober, beim Gastwirt Bielefeld, öffentliche Versammlung. Die grundsätzliche Stellung der christl. Arbeiter zur Gewerbebeurteilungswahl. Referent Kollege Weinbrenner.
- Sattingen.** Samstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Wirt Kollat. Die Bücher die noch nicht zur Vierteljahresrechnung abgegeben wurden sind mitzubringen.
- Serdingen.** Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr beim Wirt Müller öffentliche Versammlung.
- Karlruhe.** Samstag, den 16. Oktober, abends 1/2 9 Uhr Versammlung in der Reitr. Seithel, Kaiserallee 27. Vortrag des Kollegen Maier, Arbeitersekretär über, Ketteler und Lafalle.
- Pippstadt.** Samstag, den 8. Oktober, abends 8 1/4 Uhr im Gelellenhans öffentliche Volksversammlung. Thema: Die Riesen- ausperrung in der Metallindustrie. Referent Kollege Weinbrenner.
- Langendreer.** Sonntag, den 9. Oktober, 7 Uhr, Versamm- lung bei Wiesmann.
- Milspe.** Samstag, den 15. Oktober abends 8 1/2 Uhr, Ver- sammlung im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Krankentassenver- treterwahl. — 2. Die Verklümmungen über den christlichen Met- allarbeiterverband und Abwehr derselben. Referenten Kollegen Brünninghaus und Föcher.
- Milsche.** Sonntag den 9. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Hoffmann.
- Merheim.** bei Kall. Sonntag, den 9. Oktober abends 8 Uhr Mitgliederversammlung mit Frauen, bei Schumacher im K. Saal. Referent: Bezirksleiter Kollege Schmitz-Köln. Die Mit- glieder der Jugendabteilung, wie Unorganisierte sind freundlichst einzuladen.
- Willingen (Kreis Nees).** Sonntag, den 9. Oktober im Lokale des Herrn Fern. Weingarten, nachmittags 1/2 5 Uhr, Ver- sammlung mit Vortrag des Herrn F. Bensch, Kandidat des höh. Lehramts über „Reisströmungen im öffentlichen und sozialen Leben und die Aufgaben der christl. Arbeiter.“
- Reheim.** Sonntag, 9. Oktober, nachm 2 Uhr Versammlung mit Vortrag.
- Regensburg.** Samstag, den 15. Oktober abends 8 Uhr, Versammlung in der Jakobinerkirche. Referent Kollege Weininger.
- Reimscheid.** Sonntag, den 9. Oktober, vormittags 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Fritz Permann.
- Schweinfurt.** Jeden 3. Samstag im Monat Mitglieder- versammlung. Jeden 4. Samstag Kartelversammlung.
- Solingen.** Samstag, den 8. Oktober, abends 9 Uhr, bei Borchhoff (neben dem Rathaus) Versammlung.
- Sontheusen.** Sonntag, den 9. Oktober im Lokal zur Sonne, Monatsversammlung. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Ausschuß.
- Wassau.** Samstag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Gastwirt Schreiber in Niederlaasphe öffentliche Versammlung, wozu die Kollegen vollzählig erscheinen müssen. Sonntag den 9. Okt. mittags 1 Uhr gemeinschaftlicher Ausflug (Sammelpunkt Apfelbach) Familienangehörige mitbringen.

Flugzettel :: :: :: Plakate  
 Eintrittskarten :: Mitgliedskarten  
 Programme :: :: Liedertexte  
 Statut - Abdrücke, überhaupt alle  
 Vereins- und Privat-Drucksachen

Liefere wir in kürzester Zeit, auf Wunsch innerhalb eines Arbeitstages. Billigste Berechnung. Prompte Zusendung per Postpaket

:: :: :: Genossenschaftsdruckerei :: :: ::  
 Gsg vom Niederrhein, Duisburg.